Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 194. Montag, den 21. August 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Marokkowahnsinn und Arbeiterklasse.

Stolz verkünden die nationalen Preßreptile, daß in diesem Herbst in Deutschland nahezu eine Million junger, kräftiger Männer unter den Waffen stehen. Unzweifelhaft ist dieses Brüsten mit der Militärmacht Deutschlands an die Adresse des Auslandes gerichtet, das so den nötigen Respekt vor der „gepanzerten Faust" seines Gegners gewinnen soll. Durch solche Zurschaustellung des schlimmsten Krebsschadens der Gegenwart wird aber nicht nur dem Auslande, sondern auch dem Volke innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle das Auge geschärft. Es muß so den ungeheuren Umfang der an ihm verübten Ausbeutung erkennen, es muß gewahr werden, welche unfaßlichen Kulturwerte durch die Kriegsrüstungen nutzlos verschleudert und vertan werden!

Diese Aufklärungsarbeit der herrschenden Kassen wirkt um so eindringlicher, weil gerade gegenwärtig das Gespenst der Hungersnot heraufsteigt, weil die Folgen des Lebensmittelwuchers, der wahnsinnigen Agrarpolitik Deutschlands sich in schlimmen Notständen zu offenbaren drohen. In solcher gärenden Zeit eine volle Million junger, vollwertiger Arbeitskräfte der Volkswirtschaft entziehen, das heißt den Aberwitz des Kapitalismus mit seiner Molochpolitik auf die Spitze treiben! Aber nicht genug an diesen beiden Tatsachen der Rüstungswut und der Teuerung. Mehr noch wird getan, um das Klassenbewußtsein des schaffenden Volkes zu stärken und zu vertiefen. Mit den Vorbereitungen zum Völkermorde ist's der herrschenden Sippe nicht genug. In verbrecherischer Kaltblütigkeit erklärt sie, daß ihr die Möglichkeit eines Krieges gerade recht wäre. Die Million proletarischer Arbeitskräfte nützlichen Dingen zu entziehen, das reicht noch nicht hin, diese Million soll nach ihrem Wunsche dezimiert, mächtig zur Ader gelassen werden, um die in ihr schlummernden proletarisch-revolutionären Gewalten unschädlich zu machen. Das Notjahr 1911 soll nach dem Willen der Kriegshetzer und Scharfmacher auch zum Kriegsjahr werden!

Und wer sind die Kriegshetzer? Nun, dieselben Personen, die auch die wucherischen Hochschutzzölle und die Ausnahmegesetze gegen das Volk auf dem Gewissen haben. Die Junker und Scharfmacher beuten die arbeitenden Klassen in schamlosester Weise aus, machen sie rechtlos und wollen dann die Verzweifelnden in ein blutiges Abenteuer stürzen, das ihnen die Kräfte des Widerstandes völlig raubt. Wahrhaftig, ein feiner Plan! Eine Wahlparole, wie nur kapitalistische Ruchlosigkeit sie ersinnen konnte. Grenzsperre, Arbeiterknebelung, Krieg! Das ist das Programm, nach welchem die Arbeiterfeinde gröbsten Kalibers ihre Herrschaft ausüben wollen.

Und sie stehen nicht allein mit diesem furchtbaren Wollen. Wenn wir genau hinsehen und das Gewirre feingesponnener politischer Fäden durchdringen, dann gewahren wir, daß die „Partei des Christentums" auf der Seite jener blutigen Volkshasser steht. Das Zentrum tritt ein für Volksaussaugung, für Volksentrechtung und Knebelung, ja, es schweigt sogar zu dem Kriegsgebrüll der Wahnsinnigen, die auf dem Wege der Weltpolitik und des Weltkrieges ihre Profite erhöhen wollen. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien verfolgen dieselbe Taktik.

Nur die Sozialdemokratie sammelt die ausgebeuteten Volksmassen zum Sturm wider das schändliche Treiben all der gekennzeichneten Hetzer, Heuchler und Verräter. Machtvoll läßt sie ihren Ruf ertönen zum Zusammenschluß aller, die der Knechtschaft und Ausbeutung entgehen wollen. Sie feuert zum Kampfe an gegen die niederträchtige Kriegshetze, gegen das verbrecherische Spiel mit dem Feuer, das gewissenlose Blutsauger treiben. Wer sich in seinem Innern wider den Marokkowahnsinn empört, wer ehrlosen Profitjägern, die das Glück von Millionen Menschen mit Füßen treten wollen, das Handwerk legen will, der schließe sich dem **wuchtigen Massenprotest der sozialdemokratischen Arbeiterschaft an.** Noch ist der Friede gewahrt, weil das klassenbewußte Proletariat auf der Wacht steht. Er wird um so sicher unangetastet bleiben, je größere Massen sich den Kämpfern für des Volkes Wohlfahrt, Frieden und Aufschwung anschließen. Millionenstimmig erschalle jetzt der Ruf:

Nieder mit den Kriegshetzern!

Hoch der Weltfrieden!

Politische Rundschau

Deutschland.

Kein Versammlungsrecht in Ostpreußen!

In Kinten (Ostpreußen) wurde bekanntlich eine Versammlung unter freiem Himmel verboten, weil an demselben Sonntag, an dem die Versammlung abgehalten werden sollte, ein Kriegervereinsfest stattfand. Inzwischen hatte der Amtsvorsteher die Abhaltung einer Versammlung, die an einem andern Sonntage stattfinden sollte, genehmigt, aber kurz vor dem Stattfinden der Versammlung die Genehmigung wieder zurückgezogen. Der Einberufer hat folgenden Bescheid vom Amtsvorsteher erhalten:

„Die erteilte Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung unter freiem Himmel am 20. August d. J. auf dem Hofe des Zimmerers Sudmann in Kinten wird hiermit zurückgezogen. Da die Versammlung am Sonntag nachmittag abgehalten werden soll, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß sie recht zahlreich besucht werden wird und zwar vorwiegend in nicht geringem Maße auch von Teilnehmern, bei denen der übermäßige Genuß geistiger Getränke an Sonntagen die Regel bildet. Auch ein Teil der ländlichen Bevölkerung der Umgegend würde voraussichtlich die Versammlung aus Neugier besuchen. Unter diesen Umständen ist bei der Abhaltung einer sozialdemokratischen Versammlung inmitten einer den Bestrebungen und den Zwecken der Sozialdemokratie abgeneigten ländlichen Bevölkerung mit Recht anzunehmen, daß die Versammlung Gelegenheit zu Reibungen und Ausschreitungen zwischen den Versammelten geben kann und somit eine Gefahr der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist. Die Genehmigung wird deshalb verweigert.

Frühauf."

Auf diese Weise werden die Genossen in Ostpreußen ums Versammlungsrecht gebracht. Der Amtsvorsteher, der erst den Kriegerverein als eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit" hinstellte, ist jetzt davon überzeugt, daß die Einwohner seines Amtsbezirks fast ausschließlich Trunkenbolde sind und deshalb die „öffentliche Sicherheit gefährden". Der Sozialdemokratie ist vorläufig eine Versammlung unmöglich gemacht und das ist ja die Hauptsache.

„Erwägungen" gegen die drohende Hungersnot.

„Nach meiner Meinung gehen wir zum Spätherbst und Winter einer noch nie dagewesenen Teuerung beim Schlachtvieh entgegen." So äußerte sich der Direktor des städtischen Schlacht- und Viehhofs in Essen, und es gibt zahlreiche Sachverständige, die seine Befürchtungen teilen. In der sozialdemokratischen Presse sind wiederholt als erste zu ergreifende Maßregeln Aufhebung der Futtermittelzölle und eine energische Kommunalpolitik auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung gefordert worden. Jetzt weiß die „Nationalzeitung" zu melden.

„Wie wir erfahren, hängt es von dem Ausfall der Kartoffelernte ab, ob man die Aufhebung der Futtermittelzölle in Erwägung ziehen wird ... Um die Fleischpreise auf einer gewissen Höhe zu halten und eine Preissteigerung zu verhindern, wird von amtlicher Seite für empfehlenswert gehalten, daß die Städte, die durch ihre Schlachthofanlagen am ehesten dazu in der Lage sind, im gegebenen Augenblick selbst Schlachtungen vornehmen und das Fleisch zu entsprechenden Preisen an die Bevölkerung abgeben. Dadurch kann am besten einer willkürlichen Verteuerung vorgebeugt werden."

Aus dem Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers geht hervor, daß man jetzt schon auf dem Lande stellenweise beginnt, wegen Futtermangels Notschlachtungen vorzunehmen. Unter solchen Umständen ist es nicht zu rechtfertigen, daß man erst nach der Kartoffelernte — — in Erwägungen über eine etwaige Aufhebung der Futtermittelzölle eintreten will.

Neue Beschränkungen der Geflügeleinfuhr.

Das „Berliner Tageblatt" bringt die geradezu unglaubliche Mitteilung, daß unter dem Titel verschärfter tierärztlicher Bestimmungen die Grenzen für Geflügel so gut wie gesperrt werden sollen. An „unterrichteter Stelle" will das Blatt hierüber erfahren haben:

„Mit dem 1. Oktober d. J. werden bezüglich des Geflügelimports in Preußen verschärfte Bestimmungen in Kraft treten. Es werden von diesem Termin an überall an der Landesgrenze tierärztliche Untersuchungen stattfinden, die die Einfuhr von Gänsen, Hühnern usw. aus verdächtigen Gegenden verhindern sollen. Diese Maßnahmen erstrecken sich vorläufig nur auf die Landgrenzen, also nicht auf den Import zur See. Die Regierungspräsidenten von Königsberg, Gumbinnen und Oppeln haben für ihre Bezirke scharfe Bestimmungen dieser Art schon vor längerer Zeit erlassen. Nunmehr hat die Regierung diese Verfügungen auf ganz Preußen ausgedehnt. Ja, es soll in kürzester Frist der Bundesrat mit dieser Angelegenheit beschäftigt werden und Erschwerungen der Einfuhr von Geflügel für das ganze Reich verfügen. Es sind auch, wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, die Regierungen derjenigen Länder, die diese Maßnahmen angehen, von dieser drohenden Verkehrserschwerung verständigt worden."

Zu einer Zeit also, in der wegen des Futtermangels eine ganz außerordentliche Verteuerung des Fleisches droht, wo durch die abnormen Witterungsverhältnisse eine noch nie dagewesene Teuerung aller Lebensmittel zu erwarten ist, bietet die Regierung die Hand, eine weitere Verschärfung der Notlage herbeizuführen.

Die bestehenden Bestimmungen reichen vollkommen aus, die Einfuhr von verseuchtem Geflügel zu verhindern. Welche Bedeutung der Geflügelimport für die Ernährung des deutschen Volkes hat, erhellt aus den Angaben, die kürzlich die Monatshefte des Kgl. Preuß. Statistischen Amtes über die Einfuhr von Geflügel nach Deutschland brachten. Danach wurden vom Januar bis Juni 1911 beispielsweise nach Deutschland eingeführt:

Gänse in Stück	617 820
Enten in Stück	5 284
Tauben usw. in Stück	1 068
Hühner in Doppelzentnern	46 078

Das Geflügel ist bis jetzt noch nicht in besonders hohen Preisen, wenigstens dürfte das für Gänsefleisch zutreffen. Durch die angekündigten neuen Bestimmungen würden die Importeure durch die vielerlei Schikanen sich bald veranlaßt sehen, die Einfuhr von Geflügel nach Deutschland ganz einzustellen. Das würde zur Folge haben, daß die Preise für das Geflügel ungeheuer in die Höhe schnellen, was wiederum nicht ohne Rückwirkung auf die übrigen Fleischpreise bleiben könnte.

Das Fiasko der preußischen Polenpolitik

wird immer offenbarer. Der Südosten der Provinz Ostpreußen, Masuren, wird immer mehr von Polen, die durch vorteilhafte Güterverkäufe an die Ansiedelungskommission zu Geld gekommen sind, in Besitz genommen. In der letzten Woche sind, wie dem „Berliner Tageblatt" gemeldet wird, allein im Osteroder Kreise nicht weniger denn drei größere Besitzungen aus deutscher Hand in polnischen Besitz übergegangen. So wurde das gegen 300 Morgen große Vorwerk Langstein von dem polnischen Besitzer Pasykiewicz aus der Provinz Posen und das 215 Morgen große Gut Tomaschin ebenfalls von einem Polen, der bisher auch in der Provinz Posen begütert war, angekauft; beide aus deutschem Besitz. Das rund 600 Morgen umfassende Gut Annenhorst ging dieser Tage von dem deutschen Landwirt Otto Krüger für 225 000 Mk. auf einen Polen über. Der deutsche Verkäufer hat bei dem Verkauf recht erheblich verdient. Er bezahlte vor drei Jahren für die Besitzung nur 200 000 Mk. Wie man übrigens sieht, ist bei dem letzten Verkauf der Morgen Land mit etwa 425 Mk. bezahlt worden. Das ist ein noch vor wenigen Jahren ganz unmöglich gewesener Preis, wenn man die Lage, nämlich Masuren, in Betracht zieht. Noch vor 5 Jahren galt der Morgen 150—250 Mark. Die gewaltige Wertsteigerung des ländlichen Grundbesitzes und die Aufkäufe der Ansiedelungskommission bringt also den Polen reichlich Geld, sich in Landstrichen anzubauen, die bisher von Polen noch nicht „verseucht" waren. — Das sind die Erfolge der preußischen Polenpolitik.

Über Alterung der Offiziere.

In der „Kreuzzeitung" hat sich eine Artikelserie mit dem Schicksal pensionierter Offiziere befaßt. Die Verjüngung des Offizierkorps ist eine Forderung, die seit langer Zeit von den militärfreundlichen Parteien erhoben wird. Dieser Forderung steht aber die ganz enorme finanzielle Belastung im Wege, die sich aus ihrer Erfüllung für die Steuerzahler notwendig ergeben müßte. Der Pensionsetat des Deutschen Reiches beträgt heute schon mehr als 100 Millionen Mark im Jahre, sodaß jede Steigerung bei der Finanzlage des Reiches zu den lebhaftesten Bedenken Anlaß geben muß. Der Artikelschreiber der „Kreuzzeitung" will aber nicht nur eine Vermehrung der Pensionierung, sondern auch eine Erhöhung der Pensionen. Er führt aus, daß die Pensionierung eines Offiziers, der in Generalstellung eingerückt war, bei den heutigen Lebensanforderungen und Preisen zu strenger Sparsamkeit nötigt. Dabei bezieht ein solcher Offizier eine Pension von jährlich 9700 Mark. Mit der Einschränkung wird es bei diesem Einkommen also nicht weit her zu sein brauchen. Der Verfasser verlangt, daß für die jüngeren pensionierten Offiziere eine größere Zahl von Stellen in der Zivilverwaltung reserviert bleiben soll. Wenn er auch anerkennt, daß die Offiziere in den meisten

Fällen für diesen Dienst nicht gerade besonders geeignet erscheinen, so überwiegt bei ihm doch die Anschauung, daß der Staat verpflichtet ist, für die pensionierten Offiziere auch noch weiter zu sorgen und in diesem Zusammenhang wird dann der Vorschlag gemacht, eine Zentralstelle zu schaffen, die als eine Art Arbeitsnachweis für Offiziere dienen könnte.

Ob damit der behaupteten Notlage abgeholfen werden kann, ist eine große Frage, weil sich ein Mann, der vielleicht zwei Jahrzehnte Offizier war, zu einem andern Berufe kaum mehr eignen dürfte. Die ganze Misere könnte einfach dadurch behoben werden, daß man den Offizier erst dann pensioniert, wenn er tatsächlich nicht mehr dienstfähig ist, nicht aber, wie das heute geschieht, daß ein Offizier den „blauen Brief" bekommt, weil er nicht mehr weiter befördert werden soll. Dadurch schafft man für diese Offiziere eine gewisse Notlage und bürdet gleichzeitig den Steuerzahlern ungeheure Lasten auf.

Worum sich der Staat nicht kümmert.

Der unglaubliche Schießerlaß des Herrn v. Jagow bringt, wie jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen weiß, friedliche Straßenpassanten in die Gefahr, von einer verirrten Kugel eines Polizeibrownings angeschossen oder ins bessere Jenseits befördert zu werden. Was dann aus ihren Angehörigen wird, ob sie betteln gehen müssen, nachdem der Ernährer dem „Sicherheitsdienst" zum Opfer gefallen ist, das kümmert den Staat nicht. Er kümmert sich darum nicht einmal, wenn der Getötete durch die direkte Schuld staatlicher Polizeibeamten und nicht bloß, wie in dem oben angenommenen Falle, ohne ihr Verschulden das Leben eingebüßt hat. In Berlin lebt die Witwe des unglücklichen Arbeiters Herrmann, der, wie gerichtlich unzweifelhaft festgestellt ist, bei den Moabiter Krawallen von zwei Schutzleuten in menschenleerer Straße ohne jeden Grund niedergeschlagen und tödlich verletzt wurde. Die uniformierten Mörder sind bekanntlich bis heute noch nicht gefunden, ebensowenig aber denkt der preußische Staat daran, der Witwe eine Entschädigung zu zahlen. In einem Dankschreiben für eine Unterstützung hat Frau Herrmann vor einigen Wochen geschrieben:

Auf Ihre werte Anfrage über mein Schicksal teile ich Ihnen mit, daß es noch sehr schlecht steht, denn es sind bereits dreiviertel Jahre vorüber, daß mein Mann tot ist, und ich noch nichts vom Staate bekomme. Es frägt noch nicht einmal einer vom Staat, ob ich mit meinen Kindern etwas zu essen habe oder Miete bezahlen kann. Wenn sich der Herr Vobach und mein Rechtsanwalt nicht meiner angenommen hätten, dann wüßte ich nicht, wo ein, wo aus . . .

Daß der Staat nobler sein wird, wenn irgendein Zivilist von einem Schutzmann unabsichtlich um die Ecke gebracht wird, ist natürlich nicht anzunehmen. Um so angenehmer muß der Schießerlaß des Berliner Polizeipräsidenten die Bevölkerung der Reichshauptstadt berühren. Ist denn der schneidige Bureaukrat auf dem Polizeipräsidentensessel in den höheren Regionen noch immer nicht unmöglich?

Sedan- und Marokko-Rummel.

Die Alldeutschen sind auf eine grandiose Idee verfallen. Den von ihnen jedes Jahr inszenierten Sedan-Rummel wollen sie heuer zu einer Aktion zugunsten der Marokko-Frage ausgestalten. In Berlin spricht am 2. September der zweifellos sehr hervorragende Marokko-Kenner, Reichsverbands-General v. Liebert, vor den Alldeutschen, die sich in den antisemitischen Handlungsbeflissenen eine Verstärkung gesichert haben. Die kräftigen Heil!-Rufe, die das Lokal durchdröhnen werden, machen den Leuten offenbar Spaß, und dieses unschuldige Vergnügen kann man ihnen am Ende schon gönnen.

Der Landwirtschaftsminister als praktischer Landwirt.

In verschiedenen Gegenden, namentlich in Westdeutschland, ist eine Erhöhung der Milchpreise eingetreten.

In Trier ist der Preis pro Liter von 22 auf 24 Pfg. ab 1. August erhöht worden. Die Versorgung mit Milch für Trier liegt fast ausschließlich in den Händen einer Milchgenossenschaft. Als diese vor einigen Jahren gegründet wurde, verkündete man der Bevölkerung, daß ihr Zweck der sei, im Interesse der Allgemeinheit Milch in bester Beschaffenheit und zu einem wohlfeilen Preise zu liefern. So gelang es der Genossenschaft recht bald, sich eine Monopolstellung zu verschaffen; andere größere Milchwirtschaften mußten verschwinden. Von wohlfeilen Preisen war bald nichts mehr zu spüren, im Gegenteil, nachdem man bereits vor zwei Jahren den Preis um zwei Pfennig erhöht hatte, schraubte ihn die Genossenschaft nunmehr auf 24 Pfg. in die Höhe. Das Bemerkenswerte dabei ist, daß bei dieser Genossenschaft in der Hauptsache nur ausgesprochene Großagrarier in Betracht kommen. Wir finden da neben einem Grafen Kesselstadt, Graf Villers, Landrat O. v. Nell, Rittergutsbesitzer A. v. Nell, General v. Schubert, Schwiegersohn Stumms, und auch den Minister v. Schorlemer! Ferner ist die Stadt Trier und der Staat mit je 16 Anteilen an der Genossenschaft beteiligt.

Es entbehrt nicht des Interesses, zu prüfen, ob die Erhöhung der Milchpreise gerechtfertigt ist. Eine öffentliche Volksversammlung, der Stadtrat und eine von unserer Partei und den freien Gewerkschaften einberufene Versammlung beschäftigte sich mit dieser Frage.

Im Stadtrat wurde das Vorgehen der Genossenschaft einmütig verurteilt; der Oberbürgermeister, der als Vertreter der städtischen Anteile in der Generalversammlung der Genossenschaft, in welcher die Erhöhung beschlossen worden ist, anwesend war, erklärte, er habe sich vergeblich bemüht, die Herren von ihrer Maßnahme abzuhalten, obwohl er nachgewiesen, daß die Gründe für die Erhöhung nicht stichhaltig seien.

Von den Stadtverordneten wurde die Errichtung einer eigenen Genossenschaft gefordert, ein Justizrat ging so weit, den Staatsanwalt aufzurufen, da es sich hier offenbar um Sachwucher handele!

Schärfer noch ging die allgemeine Bürgerversammlung den agrarischen Milchverteuerern zu Leibe. Der Referent hob hervor, daß schon zu einer Zeit, als noch niemand wissen konnte, daß die Hitze so anhalten wird und auch die Maul- und Klauenseuche (die ebenfalls als Grund für die Erhöhung angegeben wurde) noch nicht in Betracht kam, die Erhöhung beschlossene Sache war, ebenso eine weitere Preissteigerung. Die Genossenschaft bezieht die Milch fast ausschließlich von ihren Mitgliedern und zahlt diesen pro Liter 17—18 Pfg., während sonst die Landwirte im allergünstigsten Falle 15 Pfg. erhalten. Durch die Erhöhung des Preises um 2 Pfg. würde sich mit einem Schlage der Gewinn der Genossenschaft um über 70 000 Mk. erhöhen. In der von unserer Seite einberufenen Versammlung wurde die Frage aufgeworfen, wie es die in der Genossenschaft vereinigten Agrarier, vor allen Dingen der Minister, mit dem so vielgerühmten Patriotismus vereinbaren können, sich in solcher Weise zu zu betätigen? Die Antwort kann jeder sich selbst geben!

Es wäre interessant, zu erfahren, wie sich der Landwirtschaftsminister und der Staat selbst zu dieser Sache stellen.

Als Kompensationsobjekt

aus Anlaß des Marokko-Rummels ist bekanntlich ein Teil von Französisch-Kongo ausersehen worden. Mehrfach haben sich aber Kenner der Verhältnisse recht ungünstig über dieses Gebiet ausgesprochen. Jetzt urteilt ein Major Langheld, der 19 Jahre in deutschen Kolonien gewesen ist, wie folgt:

„Was haben wir nun von einem Teil des französischen Kongo zu erwarten? Wir besitzen in Kamerun schon ein großes Gebiet von Strecken dichtesten Urwaldes, die ja an und für sich wertvoll sind, aber große Arbeit verlangen. Die Bewohner dieser Gebiete sind nicht sehr zahlreich, stehen auf einer niedrigen Kulturstufe und stellen sich dem Eindringen der Europäer feindlich gegenüber. Die als Feldzüge anzusehenden Unternehmungen der Schutztruppe von Kamerun in diesen Gebieten sind äußerst zahlreich gewesen, gegen verschiedene Stämme hat mehrfach eingeschritten werden müssen. Alle diese Expeditionen verliefen sowohl für unsere Seite als noch mehr für die des Gegners sehr verlustreich. Die Bevölkerung südlich und südöstlich unserer Kolonie Kamerun befindet sich in keinem anderen Zustande, ist eher noch weniger zahlreich wie bei uns und noch feindseliger. Wir müßten also, wenn wir diese Gebiete bekämen, voraussichtlich unsere Schutztruppe bedeutend verstärken. . . .

Die Urwaldgebiete, die wir in unserer jetzigen Kolonie Kamerun besitzen, sind so ausgedehnt, daß wir lange zu tun haben werden, um sie voll und ganz zu entwickeln. Mit der Neuerwerbung solcher Ländereien bürden wir uns eine Last auf, die wir nur schwer bewältigen können und die große Kosten verursachen würde."

Und der bekannte, in Kolonialkreisen als Autorität geltende Schriftsteller Paul Rohrbach sagt in demselben Blatt:

„Im ganzen genommen ist Französisch-Kongo eine in Grund und Boden verwaltete, durch drei oder vier Dutzend Konzessionsgesellschaften ausgesogene Kolonie, in der die Franzosen außerhalb ihrer wenigen Stationen und Faktoreien nie wirkliche Autorität ausgeübt haben. Das ganze Land ist teils schwach, teils überhaupt nicht bevölkert, hat keine schiffbaren Flüsse, mit Ausnahme des mangelhaft praktikabeln Sanga, keine Straßen, keine Produkte, außer etwas Kautschuk, der schon jetzt zum Teil seinen Weg über Kamerun nimmt und bald genug erschöpft sein wird, und der ganze Erfolg, im Falle, daß wir uns hier eine viertel Million Geviertkilometer oder so etwas an Unland aufhängen ließen, würde darin bestehen, daß Kamerun auf der Karte etwas größer aussieht und daß wir Millionen über Millionen nutzlos ausgeben müßten, um eine Verwaltung in diesem wertlosen Zuwachs einzurichten . . . Die volle Wertlosigkeit der Landstriche, die uns die Franzosen an den Hals hängen wollen, wird man erst erfassen, wenn sie uns wirklich gehören und wir uns den Schaden besehen, aber was man schon jetzt von ihnen weiß, sollte wirklich ausreichen, um die Hände davon zu lassen!"

In der Tat, der Meinung sind wir auch! Wenn aber Langheld und Rohrbach andere Teile des afrikanischen Kolonialbesitzes Frankreichs als Kompensationsobjekte ins Auge gefaßt sehen möchten, etwa Madagaskar, oder auch ihre Blicke nach Ostasien richten, so fordern wir auch hier mit aller Entschiedenheit: Hände weg!

Nochmals die „Beschimpfung" der deutschen Flagge.

Wie die „Braunschweigische Landeszeitung" meldet, hat in der Flaggenaffäre von Aix-les-Bains die französische Regierung bereits am 18. August Deutschland amtlich zur Kenntnis gebracht, daß auf Grund des französischen Strafgesetzes gegen die Schuldigen ein Strafverfahren eingeleitet worden ist, womit sich die deutsche Regierung offiziell zufrieden gegeben hat.

Wie schade! Es wäre so schön gewesen — für unsere Mordpatrioten hätten sie die Heldentat des angeheiterten Schusters von Nancy noch weiter im Sinne der Völkerverhetzung ausschlachten können.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat aber schon einen Ersatz gefunden. Der dreigestirnte Leitartikler verbricht einen längeren Aufsatz, der den „hehren Erinnerungen" von 1870 geweiht ist. Der Krieg wird als ein Segen für ein Volk gefeiert, der die „schwülen Sumpflüfte" verscheuchen und im Volke schlummernde Kräfte wecken könne. Herr Oertel macht deswegen den Vorschlag, man möge gerade in diesem Jahre „den deutschen Gedenktag an die Schlacht von Sedan mit besonderem Ernst, mit besonderer Würde feiern. Damit soll der Feind von 1870 nicht im mindesten verletzt werden (?); aber er soll merken und empfinden, daß das deutsche Volk auch heute noch von demselben Geiste der Vaterlandsliebe, der Hingebung, der Opferbereitschaft, der Vaterlandstreue bis in den Tod erfüllt ist."

Der Sedan-Rummel soll also von neuem aufleben und noch vergrößert werden, damit nur ja die nationale Empfindlichkeit der Besiegten nicht zur Ruhe komme. — Die Chauvinisten beider Länder arbeiten mit dem gleichen verwerflichen Mittel, die Völker gegeneinander zu hetzen. Freilich, mit immer geringerem Erfolg.

Portugal.

Annahme der Verfassung. Die Nationalversammlung hat unter lebhaften Zurufen die Vorlage über die Verfassung endgültig angenommen. Damit ist die Bahn für die Präsidentenwahl frei. Da der Präsident der Nationalversammlung Braamcamp seine Kandidatur zurückgezogen hat, dürfte wahrscheinlich der bisherige Minister des Auswärtigen, Machado zum Präsidenten der Republik gewählt werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 21. August.

Achtung, Bauarbeiter! Da die Tiefbau-Firma Glogner in der Moislinger Allee die Maurer heute vormittag wegen Forderung des tarifmäßigen Lohnes entlassen hat, darf kein Kollege dort anfangen zu arbeiten.

Der Vorstand.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendig, Zuzug ist aber trotzdem streng fernzuhalten da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Kinderschutzkommission. Unsere Kommission hat sich neu konstituiert und sind jetzt die nachfolgenden Adressen maßgebend. Wir bitten etwaige Beschwerden und Mißstände den nachbenannten Genossinnen und Genossen sofort unterbreiten zu wollen:

1. Maurer Drevsen-Loignystr. 14.
2. Frau Jaeckstat, Warendorpstr. 1/3, I.
3. „ Henze, Warendorpstr. 66 II.
4. „ Burmeister, Böttcherstr. 13.
5. „ Rubbert, Loignystr. 18, Hinterhaus II.
6. „ Mehlis, Gr. Bauhof 7.
7. „ Bahr, Kolk 6.
8. „ Gierlich, Karpfenstr. 18 III.
9. „ Kleinfeldt, Glandorpstr. 8 I.
10. „ Engel, Elswigstr. 24 a. part.
11. „ Schlomer, Schwartauer Allee 9.
12. „ Arbeitersekretär F. Mehrlein, Johannisstraße 48.
13. „ Gewerkschaftsbeamter Heinrich Radden, Johannisstr. 48.

Vorsitzender der Kommission ist jetzt Maurer Drevsen, der alle weiteren Auskünfte gern gibt und an den alle diesbezüglichen Anfragen zu richten sind.

Die Kinderschutzkommission.

Warnung. Wir machen unsere Leser ganz besonders darauf aufmerksam, wenn sie irgendwelche Sachen auf Abzahlung kaufen, Bücher und dergleichen auf Lieferung bestellen, Versicherungsverträge eingehen usw., daß sie die Kontrakte vor der Unterschrift überlegen, ob sie sich nicht dadurch der Gnade oder Ungnade des andern Kontrahenten bedingungslos überliefern. Wer sich über die Tragweite der Kontraktparagraphen nicht völlig klar ist, der ziehe vor der Unterschrift lieber erst Erkundigungen ein. Besonders zu beachten ist bei Abschlüssen solcher Geschäfte, daß mündliche Abmachungen neben den schriftlichen nicht den geringsten Wert haben. Auch darauf wollen wir noch besonders hinweisen, daß man von Kontrakten — ganz gleich, ob sie mündlich oder schriftlich abgeschlossen sind — nicht einmal nach einer Minute, viel weniger noch nach 24 Stunden, wie vielfach angenommen wird, einseitig zurücktreten kann.

Zahlt Schulgeld! Das für Schüler der Städtischen Volksschulen und der Berend Schröderschen Schule für das 2. Vierteljahr 1911/12 (Johannis bis Michaelis) zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom Montag, dem 21. August bis zum Sonnabend, dem 2. September, werktäglich vormittags von 9—1 Uhr oder nachmittags von 3—5 Uhr bei der Kasse der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4, unter Vorlegung der Schulgeldrechnungen zu entrichten.

Die Zündhölzer werden noch teurer! Durch die Annahme der Zusatznovelle zum Zündholzgesetz durch den Reichstag am 31. Mai ist die Zwangskontingentierung der Fabriken beschlossen worden. Das Gesetz ist am 31. Juli in Kraft getreten. Die Fabriken dürfen danach nur 50 v. H. ihrer früheren Jahresproduktion zum bisherigen Steuersatz von 15 Pfg. für das Paket von 10 Schachteln zu 60 Zündhölzern herstellen. Darüber hinaus tritt eine Steuererhöhung um 20 v. H., also 18 Pfg. für das Paket. Die Fabriken haben also kein Interesse mehr daran, viel zu fabrizieren, da ihr geringer Absatz nunmehr gesichert ist. Die Zündholzfabrikanten werden sich dieser Tage wieder zum Syndikat zusammenschließen, um einheitliche erhöhte Verkaufspreise festzusetzen, so daß zum Herbst, wenn die billigeren Lager der Händler geräumt sind, kein Paket unter 35 Pfg. im Kleinhandel zu haben sein wird.

Verluste und Rettung von Menschenleben bei Schiffsunfällen. Eine interessante Zusammenstellung erfolgte von seiten des Statistischen Amts über die Schiffsunfälle, die sich in den Jahren 1903 bis 1908 ereigneten, sowie über die Verluste und Rettungen von Menschenleben bei diesen Katastrophen. Die Anzahl der Schiffe, die in den genannten Jahren von Unglücksfällen betroffen wurden, betrug 3025. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Anzahl der ums Leben gekommenen Menschen verhältnismäßig gering ist. Es kamen bei 37 Unfällen sämtliche Personen um, die zusammen die Anzahl von 143 erreichten. Bei 8 Strandungen, die der ganzen Besatzung das Leben kosteten, befanden sich 68 Personen an Bord, in 4 Fällen 7 und bei 6 Unfällen 3. Von 143 Menschen gehörten 134 zur Besatzung, 9 waren Passagiere. Der ganze Verlauf der Statistik beweist, daß die Schiffsmannschaft bei Katastrophen wahrhaft todesmutig ist und zuerst an die Rettung der ihnen anvertrauten Passagiere denkt, ehe sie um ihr eigenes Leben besorgt ist. Bei über 60 Unfällen, die zum Teil in Zusammenstößen mit anderen Schiffen, zum Teil in Strandungen und im Sinken bestanden, wurden von 1452 Passagieren nicht weniger als 1426 gerettet, während in allen 65 Katastrophen im ganzen nur 26 Reisende ums Leben kamen. Von dem Todesmut der Schiffsbesatzung zeugt dabei der Umstand, daß 91 Mann der Besatzung umkamen. Während von den Passagieren nur 1,7 Prozent starben, ertranken von der Besatzung 94 Proz. In 470 Unfällen, die den Schiffen zustießen, ist überhaupt nicht ein einziger Passagier ums Leben gekommen, trotzdem es sich in den meisten Fällen um schwere Schiffskatastrophen handelte. Es handelte sich dabei um 2264 Personen, die gerettet wurden. In erster Linie ist dieses günstige Ergebnis der Disziplin auf den Schiffen zu verdanken. Daß aber auch die Rettungsvorrichtungen ihr Teil zu diesem Ergebnis beitrugen, geht daraus hervor, daß in 629 Fällen die Menschen durch eigene Schiffsboote gerettet worden sind. Durch vorbeifahrende Schiffe in über 1000 Fällen und durch die Red

tungsstationen in 229 Fällen. Von Interesse dürfte noch eine Zusammenstellung aller bei Schiffskatastrophen beteiligten Personen sein. Alle 3025 Schiffe hatten eine Gesamtbesatzung von 34 434 Mann. Ums Leben kamen im ganzen 0,56 Prozent. Eine Übersicht über die Unglücksfälle der letzten 20 Jahre zeigt folgendes Bild: In den Jahren 1903 bis 1908 starben 0,56 Prozent, 1898—1903 starben 0,80 Proz., 1893—1898 starben 1,10 Proz., 1888—1893 starben 1,75 Proz. Von den Schiffskatastrophen der früheren Jahrhunderte wissen wir, daß fast sämtliche auf den Schiffen befindliche Personen ums Leben kamen, und es wurde als ein Wunder betrachtet, wenn irgend einer einmal sich retten konnte und wiederkehrte.

Dem Abonnenten-Versicherungs-Schwindel wird in Baden nachgeforscht. Die Bezirksämter haben Auftrag erhalten, nach dieser Richtung hin eingehende Erhebungen zu machen. In Lübeck hört man nichts davon, daß Erhebungen über die sogenannte Abonnentenversicherung, mit der zwei hiesige Blätter Abonnenten, die diese Blätter ihres Inhalts wegen niemals halten würden, ködern, angestellt wären.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 19. August, morgens 6 Uhr: Wasser 18, Luft 12; morgens 10 Uhr: Wasser 18, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 18½, Luft 19; abends 6 Uhr: Wasser 19, Luft 17 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 600 männliche (darunter 3 Klassen mit 100 Schülern) und 500 weibliche Personen.

pb. **Eigentumsvergehen.** In der Nacht vom 18./19. ds. Mts. sind aus dem unverschlossenen Keller des Hauses Breite Straße 11 folgende Sachen gestohlen: 1 Küchenlampe, 1 Spaten, 1 Paar Holzpantoffeln und 1 Hammer.

pb. **Entwendeter Blockwagen.** Am Sonnabend, den 5. d. M. ist ein vor der Markthalle bei der Mengstraße aufgestellter Blockwagen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Kasten des Wagens ist außen gelb und innen rot gestrichen. Die Deichsel des Wagens ist mit einer sog. Drehscheide am Wagen befestigt.

pb. **Bodenkammerdiebstahl.** In der Zeit vom 12. bis 20. d. M. sind aus einer Bodenstube eines an der Moltkestraße belegenen Hauses folgende Gegenstände gestohlen worden: 1 schwarzseidenes Kleid mit goldenem Tressengürtel und blauem Überkleid mit 2 Volants, 1 erikafarbiger Abendmantel mit weißem Futter und schwarzen Atlasknöpfen, 1 breiter schwarzer Schal, besetzt mit Stoff von dem Abendmantel, 1 schwarzes wollenes Reformkleid mit einer mit Seidenplissee besetzten Jacke, 1 langer dunkelbrauner Wintermantel, garniert mit schwarzer Borte. Der Mantel ist an der rechten Seite gestopft. 1 Rosa-Mullkleid mit ebensolchem Unterkleid, gleicher Schärpe und einer Taille mit weißen Spitzen. Der Rock ist mit Volants versehen, 1 altes schwarzes Tuchkleid, garniert mit schwarzer Seide, 1 wollener Kleiderrock von lila Farbe und ebensolchem Futter, 1 rehbraun und weiß karierter Staubmantel ohne Ärmel mit Pelerine, 1 rot- und weißgestreifter wollener Morgenrock, mehrere weiße und bunte Hausstandsschürzen, 4 weiße Barchent- und 4 leinene Damenbeinkleider und 4 leinene Nachtjacken.

Internationale Ringkämpfe im Hansatheater. Sonntag abend waren folgende Resultate zu verzeichnen: Mourzouk (Marokko) besiegte den Kosaken Gerigkoff durch einen Untergriff von vorn in 15½ Minuten. Ein ebenbürtiges Paar bekam man in Müller (Europameister) und Hansen (Dänemark) zu sehen. Nach 30 Minuten mußte dieser Kampf unentschieden abgebrochen worden. Eggeberg (Weltmeister) warf Collon (Luxemburg) in 9 Minuten durch Armdurchzug am Boden. Michailoff (Rußland) legte Winzer (Hamburg) nach 12 Minuten mit beiden Schultern auf den Teppich. — Berichtigung: Am Mittwoch erhielt nicht Müller (Bayern), sondern Manfredo (Italien) eine Niederlage.

Stadthallentheater. Am Donnerstag, dem 24. ds. Mts. findet die Premiere der Operette „Die Puppe" von Edmond Audran statt. Die Vorstellung ist das Benefiz für Herrn Kapellmeister Seydel-Stöger, welcher durch seinen unermüdlichen Fleiß dem Lübecker Theaterpublikum im vorigen und in diesem Sommer manchen genußreichen Abend bereitete. Herr Fritz Redwitz vom Neuen Opereettentheater in Berlin wird an dem Abend den Lancelot singen. Auch hat Herr Direktor Fuchs in besonderer Liebenswürdigkeit den Damen und Herren des Stadttheater-Opernchores gestattet, in dieser Benefizvorstellung mitzuwirken. Es gewinnt dieser Abend dadurch außerordentlich, da die hübschen Chöre dieser Operette durch diese große Verstärkung voll zur Geltung kommen. Wir hoffen, daß das theaterliebende Publikum durch recht zahlreiches Erscheinen dem Benefizianten seine Sympathie und Dankbarkeit bezeigen wird.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Die reizende Operette „Die Glocken von Corneville", deren anmutige Melodien längst volkstümlich geworden, kann nur noch Dienstag zur Aufführung gelangen. Für Mittwoch ist Max Halbe: „Der Strom" in Aussicht genommen, die Vorstellung gewinnt durch das Gastspiel Oskar Erasmi, eines jungen Lübecker Künstlers, noch besonderes Interesse und steht nach der Kartenentnahme zu urteilen ein volles Haus in Aussicht.

Fürstentum Lübeck. Infolge des Lokalmangels ist die Sozialdemokratie gezwungen, ihre Versammlungen zur Landtagswahl immer häufiger unter freiem Himmel abzuhalten. Daß das für uns nicht immer günstig ist, liegt auf der Hand. Umso erfreulicher ist es, zu konstatieren, daß die Versammlungen, die wir bisher unter freiem Himmel abzuhalten gezwungen waren, einen guten Verlauf nahmen. Das kann auch von der gestern nachmittag in Malente auf einer Koppel in der Lindenallee stattgefundenen Volksversammlung gesagt werden. Über 80 Personen beiderlei Geschlechts hatten sich eingefunden. Die bevorstehenden Landtagwahlen und den Verrat liberaler Grundsätze durch mehrere sogenannte liberale Führer des Fürstentums behandelte Genosse Stelling-Lübeck in eingehender Weise, während die Landtagskandidaten Genossen Rebenstorf-Eutin und Gloe-Neudorf Steuer- und Schulfragen erörterten. — Abends fand eine von 45 Personen besuchte Volksversammlung in einem Räucherkaten in Fissau statt, in der dieselben Genossen sprachen. Auch diese Versammlung nahm einen guten Verlauf.

Moisling. Eine gutbesuchte Volksversammlung tagte hier am Sonnabend im Lokale des Herrn Schreiber. Zunächst behandelte Genosse Stelling-Lübeck in eingehender Weise den Milchkrieg in Lübeck und dessen Ursache. Seine Ausführungen klangen aus in der Mahnung, sich der geplanten Schröpfung des Volkes dadurch zu widersetzen, daß die Milch solange gemieden wird, bis der bisherige Preis wieder hergestellt ist. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 19. August im Lokale des Herrn Schreiber (Kaffeehaus) tagende öffentliche Volksversammlung erhebt energischen Protest gegen die am 1. August vollzogene Milchpreiserhöhung von 17 auf 19 bezw. 20 Pfg. Die Versammlung erblickt in dieser Verteuerung eine fühlbare Belastung des Volkes, da gerade die Milch als Volksnahrungsmittel mit an erster Stelle steht. Die Versammlung kann eine Berechtigung für diese Preiserhöhung nicht einsehen und anerkennen und erklärt, um sich gegen eine derartige Teuerung zu schützen, auf das bestimmteste, sich des Milchkonsums so lange zu enthalten, bis der Preis auf den alten Kurs zurückgegangen ist." Sodann erstattete Genosse Stelling in ausführlicher Weise Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Dresden. Seine Mahnung, auch in Moisling „noch enger und fester die gewerkschaftlichen und politischen Reihen zu schließen, fand stürmische Zustimmung. Der Vorsitzende, Genosse Denker, forderte am Schluß zum Beitritt in die Partei auf. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende. 3 neue Mitglieder wurden für die Partei gewonnen.

Hamburg. Sargschiffe. Zu den empörenden Taten kapitalistischer Profitwut gehört das Vorgehen gewisser Reeder, das schon in Heijermans erschütterndem Theaterstück „Die Hoffnung auf Segen" gegeißelt ist, seeuntüchtige Schiffe in Kenntnis ihrer Beschaffenheit mit Menschen zu besetzen und hinauszuschicken. „Übertreibung", „Hetzerei" ruft jene Art von Kapitalisten, die Ibsen so trefflich in seinen „Stützen der Gesellschaft" verewigt hat. Vor uns liegt der Bericht des bürgerlichen „Hamburger Fremdenblatts" über die Sitzung des hamburgischen Seeamts vom 8. August ds. Js. Wir lassen den trocknen Verhandlungsbericht sprechen: Verschollen. Der Seeleichter „Anna" ist seit dem 31. Oktober 1910 verschollen. Das Schiff war in Hamburg beheimatet und Eigentum der Reederei von Hinrich Peters. Es war bei der Norddeutschen Versicherungsgesellschaft versichert. Die „Anna" verließ unter der Führung des Kapitäns B. Klein und unter Assistenz des Hamburger Schleppers „Hammonia" am 29. Oktober vorigen Jahres Hamburg, um nach Esgbjerg" zu fahren. Der Führer der „Hammonia" war der Kapitän C. Jakob. Nachdem der Schleppzug am 31. Oktober um 12 Uhr nachts Rote-Kliff-Feuerturm in einem größeren Abstande passiert hatte, brach in dem schweren Sturm und dem hohen Seegange die Schlepptrosse. Es wurde eine neue Verbindung zwischen den Schiffen hergestellt, die morgens 4 Uhr brach. Eine neue Verbindung konnte nicht hergestellt werden, und der Schlepper verlor den Leichter bald aus Sicht. Seit jenem Augenblick sind die „Anna" und ihre Besetzung nicht mehr gesehen worden. Die Besatzung bestand aus dem Schiffer Reinhold Klein, geboren am 13. Oktober 1880 zu Thomberg bei Leipzig, den Matrosen Karl Julius Johannes Beckmann, geboren 6. Januar 1891 in Finkenwärder, und Hans Paul Poerschke, geboren am 31. August 1888 zu Scherpingswalde. (Das waren also wirklich blaue Jungens! R. d. „L. V".) Der Regierungsdampfer „Nordsöen", der zum Aufsuchen des Leichters auslief, hat nur Wrackstücke der „Anna" angetroffen. In der Verhandlung sagte Zeuge Kapitän Jakob: Ich war Führer des Schleppers „Hammonia", der im Jahre 1873 gebaut ist. Der Schlepper war für eine Winterfahrt in der Nordsee bei schwerem Wetter nicht mehr geeignet. Ich glaube aber, die in Rede stehende Fahrt in einem Tage erledigen zu können und behielt meine Bedenken für mich. Die „Anna" führte beim Germanischen Lloyd die Klasse * 100 4 A. Die letzte Besichtigung hatte im Mai 1909 stattgefunden. Zeuge Reeder Peters: Die „Anna" hat in den letzten Jahren vorzugsweise Seefahrten gemacht, aber trotzdem habe ich das Schiff nicht zur Kontrolle bei der Berufsgenossenschaft angemeldet. (!) Nach dem Unfall habe ich meine Schiffe von der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft nach der Seeberufsgenossenschaft umschreiben lassen. Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden hat die Seeberufsgenossenschaft bald nach dem Unfall dem Reeder Peters bei Androhung einer hohen Geldstrafe für jeden Fall der Übertretung verboten, den Schlepper „Hammonia" für eine Seefahrt zu verwenden. Erst nach gründlichem Umbau ist wieder die Erlaubnis für Seefahrten erteilt worden. Nach den Reden des Reichskommissars (Anklägers) und des Verteidigers wurde dann folgender Spruch des Seeamts gefällt: „Der Leichter „Anna" ist am 1. November 1910 auf der Reise von Harburg nach Esbjerg im Tau des Schleppers „Hammonia" in Höhe von Rote-Kliff-Feuer nach zweimaligem Brechen der Schlepperverbindung vertrieben und bald darauf infolge Einschlagens der Luken durch die hohe See mit seiner Besatzung untergegangen. Leichter und Schlepper waren, trotzdem sie dauernd zur Seefahrt verwendet wurden, bei der Elbschiffahrt-Berufsgenossenschaft anstatt bei der Seeberufs-Genossenschaft eingetragen und der Schlepper war für diese Reise nicht genügend seetüchtig. Es trifft dafür, daß der Schleppzug in diesem Zustand in See geschickt ist, sowohl den Reeder Heinrich Peters wie den Kapitän Jakob ein erheblicher Vorwurf." Und nun bloß eine bescheidene Frage: Wieviel Monate Gefängnis hätte der sozialdemokratische oder Gewerkschaftsredakteur bekommen, der vor der Totenfahrt der „Anna" diesen Elbekahn als ein Sargschiff auf der Nordsee bezeichnet hätte? . . .

Altona. Großfeuer in Eidelstedt. Am Sonnabend brannten in Eidelstedt zwei Bauerngehöfte mit insgesamt sechs Gebäuden nieder. Das Feuer war abends gegen 10 Uhr in der Scheune des Landmanns Schröder ausgebrochen; bei dem starken Sturm ergriff es bald auch das Wohnhaus und das benachbarte Gewese des Landmanns Hans Schmidt sowie die Kate der Witwe Eggerstedt. Im ganzen sind sechs Gebäude eingeäschert worden. Der Schaden ist ganz bedeutend, zumal nur ein kleiner Teil des verbrannten Gutes versichert ist. Die freiwilligen Wehren widmeten sich hauptsächlich dem Schutz der sehr gefährdeten Nachbargrundstücke, die gleich wie die abgebrannten mit Stroh gedeckt sind.

Harburg. Behörden und Jute-Kapital. In den deutschen Jutenbetrieben werden eine große Anzahl ausländischer Arbeiter beschäftigt. Agenten bringen allwöchentlich zahlreiche Polen, Tschechen, Russen und Italiener über die Grenze. Solange die Arbeiter sich hübsch ruhig verhalten, mit ihren kargen Löhnen zufrieden sind und der oftmals rigorose Behandlung durch wenig gebildete Vorgesetzte keinen Widerstand entgegensetzen, sind sie willkommen und dürfen unbehelligt auf preußischem Boden sich bewegen. Sobald sie jedoch auch nur Miene machen, der Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband beizutreten, glauben viele Polizeidirektionen es als ihre Pflicht betrachten zu müssen, die Leute als lästige Ausländer wieder abzuschieben. Ganz besonders in Harburg ist diese Praxis der Polizeidirektion sehr geübt. Wiederholt sind Arbeiter, welche nichts weiter getan haben, als dem Deutschen Textilarbeiterverband beizutreten, von der Direktion der dortigen Jutefabrik entlassen und in weiterer Folge von der Polizeidirektion ausgewiesen worden. Ein Zusammenhang der Entlassung und der Ausweisung dürfte unverkennbar sein. Vor kurzem wollte nun der österreichische Genosse Breczina aus Anlaß des internationalen Textilarbeiter-Kongresses in Amsterdam im Auftrage des Textilarbeiterverbandes im Bezirk der nordischen Jutefabriken einige Versammlungen abhalten. Dies wurde von der Harburger Polizeidirektion verhindert durch schleunige Ausweisung des Referenten. Breczina beschwerte sich beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover. Darauf ist dem Genossen jetzt nachstehender Entscheid zugegangen:

„Hannover, den 9. August 1911.

Auf die am 20. Juli bei dem Herrn Königl. Regierungspräsidenten in Lüneburg eingegangene Beschwerde:

Die Versammlung der Harburger Jutearbeiter am 22. Juni d. J. hatte, wie die unter den Arbeitern verteilten Laufzettel erkennen ließen und nach den sonst von der Polizei gemachten Beobachtungen den Zweck, einen Streik vorzubereiten. Das von Ihnen übernommene Referat: „Die Ziele und Vorteile der internationalen Verbrüderung der Textilarbeiter" hätte auf die ohnehin erregte Arbeiterschaft weiter beunruhigend gewirkt. In dieser Erwägung hat die Polizeidirektion Harburg Sie als lästigen Ausländer aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen, eine Entscheidung, welche nach den vorliegenden Verhältnissen gerechtfertigt erscheint. Die von Ihnen eingelegte Beschwerde wird hiernach zurückgewiesen.

Der Kgl Preußische Oberpräsident der Provinz Hannover.

Unterschrift unleserlich."

So schützt der Polizeistaat das mächtige Jute-Kapital vor Lohnbewegungen der Arbeiter. Bemerkt sei noch, daß zurzeit von einer Erregung, Bewegung und Gärung der Arbeiter in Sarburg nichts bekannt ist. Selbstverständlich hatte die Versammlung auch nicht den Zweck, einen Streik vorzubereiten. Die Organisation dort ist noch schwach und der Zweck der behördlichen Maßnahmen ist ja gerade, ein Erstarken der Arbeiterorganisation und damit einen Aufstieg der Arbeiter zu verhindern.

Kiel. Die Marokkofrage vor der Arbeiterschaft des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises. Die am Freitag abend in Kiel, Gaarden, Neumünster und Rendsburg veranstalteten Versammlungen gegen den Marokkorummel wurden gewaltige Demonstrationen, in denen sich die Versammelten gegen die Kriegshetze und für den Frieden aussprachen. Alle Versammlungslokale waren erdrückend voll, die Referenten wurden oft von stürmischem Beifall unterbrochen. Als die Resolution zur Abstimmung gelangte, erhob sich ein Wald von Händen. Die Resolution, die in allen Versammlungen einstimmig angenommen wurde, lautet: Die Versammlung erklärt: Die gegenwärtige Bedrohung des Friedens von ganz Europa ist der Ausfluß des von den kapitalistischen Staaten geübten Ausbeutung nach außen, die unter dem Namen einer „auswärtigen Politik" angepriesen und von meist sehr wenig befähigten Dienern der herrschenden Klassen — den Diplomaten — so geübt wird, daß die Folgen Länderhunger, internationale Konflikte oder blutige Weltkriege sein müssen. Die kapitalistische Auslands- und Kolonialpolitik stellt in jedem Falle den Versuch einer Vergewaltigung fremder Völker und Staaten und, im Falle des erfolgreichen Beutemachens, eine Bereicherung kleiner kapitalistischer Kreise vor, welche das arbeitende Volk aller beteiligten Staaten mit Opfern an Geld, Wohlfahrt und Blut schwer bezahlen muß. Die gegenwärtige deutsche Auslandspolitik ist besonders noch dadurch unklug, daß sie Gegner provoziert, die viel stärker als das Deutsche Reich sind, und darum mit sicheren Niederlagen enden muß. Die Arbeiterschaft, welche das Joch kapitalistischer Ausbeutung im Innern vollkommen satt hat, hat erst recht keine Lust, im Dienste kapitalistischer Herrschsucht und Profitgier Leben, Gesundheit und Wohlfahrt bei Taten des Brudermordes zu opfern. Aus diesen Gründen ist die gegenwärtige Marokkokrise als eine heillose Gefahr für das arbeitende Volk zu betrachten, die mit allem Nachdruck und ernster Entschlossenheit zu beschwören und zu beseitigen, Pflicht der Arbeiterschaft aller Länder ist. Darum und obendrein noch, weil man dem Anschein nach die Marokkoexperimente als Belebungsmittel eines wahnwitzigen Hurrachauvinismus, der die nächsten Wahlen volksfeindlich umfälscht, benutzen will, bekräftigen die Versammelten ihre Verurteilung aller Klassenpolitik, verurteilen sie die Welt-, Wahl- und Kolonialpolitik der herrschenden Klassen und protestieren sie dagegen, daß Deutschlands Machthaber mit einem Feuer spielen, aus dem ein alle Kultur vernichtender Weltbrand entstehen kann.

Grevesmühlen. Für die Reichsverbandsliste. Am 19. Juli d. Js. verstarb hier der Senator, Rechtsanwalt und Hofrat Ihlefeld, Vorsitzender des Kriegervereins, Polizeirichter des ritterschaftlichen Polizeiamtes, Ritter diverser Orden usw. Der „Lübecker General-Anzeiger", der wahllos alle Personen verherrlicht, deren einzige Verdienste darin bestehen, daß sie in einem Krieger- oder Klimbim-Verein Vorstandsposten bekleiden, schrieb damals, daß sich Ihlefeld „in allen Ämtern hervorragend bewährt" habe. „Wie, das zeigt uns folgende Meldung, welche gestern die nationalliberale „Mecklenburgische Zeitung" bringt: Unterschlagungen in großem Umfange hat sich der vor einigen Wochen verstorbene Senator und Rechtsanwalt Ihlefeld in Grevesmühlen zuschulden kommen lassen. Von Tag zu Tag häufen sich die Nachfragen von Leuten, die ihr Geld durch seine Vermittlung sicher untergebracht glaubten. Namentlich hat der Betrug in der Hypothekenvermittlung stattgefunden, doch scheinen auch andere Fälle vorzuliegen. U. a. hat Ihlefeld Hypothekenscheine eingelöst und sie nachher bei Banken verpfändet, anstatt sie umschreiben zu lassen. Der Betrag der von ihm unterschlagenen Summen, sowie der für empfangene Warenlieferungen usw. nicht bezahlten Gelder soll sich auf 400000 Mark belaufen. Manche kleine Rentner sind in Mitleidenschaft gezogen. So verliert eine Witwe ihr ganzes Kapital; auch ein naher Verwandter ist überaus stark benachteiligt. In Grevesmühlen und Umgegend ist die Aufregung groß, zumal da Ihlefeld im öffentlichen und Vereinsleben an leitenden Stellen sehr hervortrat und in der Öffentlichkeit für einen Mann in ansehnlicher Position gehalten wurde. Am 23. August findet eine Gläubigerversammlung statt." Das ist der Senator und Hofrat Ihlefeld, der Kriegervereinler und Sozialistentöter, dessen Loblied der Lübecker „General-Anzeiger" in den höchsten Tönen sang, im Originalkostüm! Hoffentlich vergißt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ihn nicht auf seiner Ehrentafel.

Neustrelitz. Großfeuer. Freitag nachmittag um 3 Uhr brach in Woldeck in einem Hintergebäude des Pankschen Besitztums Feuer aus, das sich in kurzer Zeit auf verschiedene Grundstücke ausdehnte. Im ganzen brannten fünf Wohnhäuser und zahlreiche Hintergebäude nieder. Zehn Familien sind obdachlos. Drei Arbeiter sind durch herabstürzende Steine verletzt worden.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater gab man am Sonnabend als volkstümliche Vorstellung das alte L'Arrongsche Volksstück „Dr. Klaus". Das Publikum, welches in größerer Zahl als gewöhnlich erschienen war, erfreute sich an dem etwas hausbackenen Humor L'Arronges und der manchmal reichlich stark auf das sentimentale deutsche Gemüt spekulierenden Handlung. Die Wiedergabe des Schauspiels konnte befriedigen. Aus der Reihe der Mitwirkenden ragte Herr Seidler als Lubwarski hervor. An Beifall fehlte es der Vorstellung nicht.

P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Elise Steffen
Martin Krüger
Verlobte.
Lübeck, im August 1911.

Plötzlich und unerwartet wurde mir heute morgen (am 19. d. M.) meine liebe Frau

Margarethe Schläfer
geb. Rießdorf

im 35. Lebensjahre durch den Tod entrissen. Tief betrauert von mir, meiner Tochter und allen, die ihr nahe standen.

Aug. Schläfer.

Die Beerdigung findet am Donnerstag vormittag 11 Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes statt.

Parterre-Wohn., 2 Zimm., Kell. u. Zubeh., 170 Mk., z. 1. Okt. zu verm., auch für jed. Geschäft pass. Ratzeburger Allee 25.

Eine kleine Wohnung, 2 Zimmer und Nebengelaß, zu sofort od. 1. Okt. zu verm. Elswigstr. 9a.

Möbliertes Zimmer
nach vorn zu vermieten.
An der Mauer 58, b. d. Krähenstr.

2-Zimmer-Wohnung mit Zubehör, herrliche Aussicht, 250 Mark. Wakenitzmauer 1.

Möbliertes Zimmer
für 1 oder 2 junge Leute zu verm. Gr. Kiesau 34.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.

Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 22. Aug.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Gauleiters Kollegen W. Wagener, Hamburg, über die technische Revolution.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet

Der Vorstand.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer **„Brehm"** liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit

Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellschein an unsere Expedition.

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

60000 Exemplare bereits verkauft

Gefl. ausfüllen | **Bestellschein** | und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichneter bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf. Wöchentlich 1 Lieferung zugestellen.

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Grammophonplatten (doppelseitig), Stück von 1 Mk. an, zu verkaufen Meierstraße 22, pt.

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen und Lagerhalter. Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

Sommer-Vergnügen

verbunden mit **Preiskegeln für Herren, Preisspiel für Damen und Kinderbelustigung**

am Sonntag, dem 27. August 1911
im Hotel Kronprinz in Schwartau.

Anfang **4** Uhr, des Balles **6** Uhr.

Das Komitee.

NB. Abfahrt 3 Uhr Hafenfähre.

Zirkus-Arena
F. Riechert
auf dem Burgfeld.
Täglich abends **8 Uhr:**
Große brillante Vorstellung
Erstklassige Spezialitäten.
Urkomische Burlesken.
Vorher **Konzert** der Schwartauer Kadetten-Kapelle.
Billige Eintrittspreise.
Es ladet ergebenst ein
F. Riechert.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.70** Mk.

Käse! Käse!
Alle Sorten sehr billig.
Kleinverkauf vom Engros-Lager.
Fleischhauerstraße 48.

HANSA THEATER

Montag, den 21. August,
Konzertanfang **8** Uhr.
Beginn der Vorstellung **8½** Uhr.
(9. Tag) Es ringen:

Egeberg, Weltmeister — **Gerikoff,** Rußland
Michailoff, Rußland — **Collon,** Luxemburg

Groß. Entscheidungskampf
Buckheim gegen **Mourzouk**
Kampfrichter: Herr **Jankowsky,** Sportschriftsteller der **„B. Z. am Mittag".**

Vorher:
Große Sezialitäten-Vorstellung.
Vorverkauf bei **Sager.**

Stadthallentheater.
Dienstag 8 Uhr. 67. Abonn.-Vorst.
Gastspiel Fritz Redwitz.
Zum letzten Male.
Die Glocken von Corneville.
Mittwoch 8 Uhr. 68. Abonn.-Vorst.
Gastspiel des Herrn **Oskar Erasmi** v. d. Vereinigten Theater in Breslau.
Max Halbe: Der Strom.
Drama in 3 Akten.
Peter Doorn — — Oskar Erasmi.
Donnerstag: Benefiz für Kapellmeister Seydel-Stöger:
Die Puppe.

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.
Redigiert von **Karl Kautsky.**

Die **Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Beim Einkauf von **Margarine** verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld. **Überall erhältlich!**

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint dreimal wöchentlich

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Richard Wagner, Reinfeld.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krabu, Fackenb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, **Travemünde.**

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Herenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Veiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Krüger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Lüllwitz, Warendorpstr. 20. Fünfhausen 7.

Betten, Bettfedern
Richard Wagner, Reinfeld.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbrau
F. Veitermüller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Bürsten, Kämme
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philip, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Klecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Lorenzen, Seidlitzstr. 18. Cigarren, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Pelzerstr. 1c.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Kath, Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pätzer, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

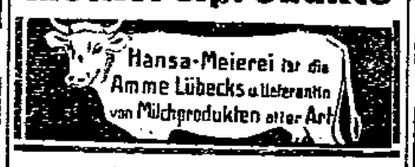
Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschnitt, Käse.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, **Travemünde.**

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Steeh, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
J. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte



Meiereien
Meierei Rensefeld Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, **56 Breitestr. 56.**

Photogr. Ateliers
O. Goetze, **Lübeck,** Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Burmester, **Lübeck,** Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Rudolph Karstadt, **Eutin.**
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Richard Wagner, **Reinfeld.**

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beulcke, **Lübeck,** Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, **Lübeck,** Breitestr. 15.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, **Schwartau.**

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, **Lübeck,** Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, **Lübeck.** Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 194. Montag, den 21. August 1911. 18. Jahrg.

Anträge zum Parteitag in Jena.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Breslau: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die auswärtige Politik Deutschlands".

2. Schwarzburg-Sondershausen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Wahlrechtsfrage in sämtlichen deutschen Bundesstaaten".

3. Zeitz-Weißenfels: Das Referat Bebels über die „Reichstagswahlen" anschließend an den parlamentarischen Bericht folgen zu lassen.

4. Teltow-Beeskow: Auf die Tagesordnung des Parteitages in Jena die „Auswärtige Politik" zu setzen und den Parteivorstand ersuchen, einen Referenten hierfür zu bestellen.

5. Berlin IV: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der preußische Wahlrechtskampf".

Agitation.

6. Stuttgart: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Marokkopolitik".

7. Breslau I. Guhrau: Der Parteitag wolle beschließen: In Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Agitation die politisch zurückgebliebenen Wahlkreise finanziell energischer zu unterstützen und zum Wahlkampf in die schlesischen Wahlkreise auch Reichstagsabgeordnete als Redner senden zu wollen.

8. Göppingen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine rege Agitation gegen den Militarismus und für den Völkerfrieden bei jeder gegebenen Gelegenheit zu entfalten, und bedauert, daß der Parteivorstand nicht das Marokkoabenteuer dazu benutzt hat, um die Initiative zu einer umfassenden, einheitlichen Aktion der Partei für den Weltfrieden zu ergreifen.

9. Berlin IV.: In jedem Bezirk der einzelnen Wahlvereine Deutschlands ist eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage einzurichten, und zwar dergestalt, daß die Parteigenossen angehalten werden, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen.

Die so gewonnenen Adressen sind dann im Auftrage der Verwandten zu bearbeiten und später den zuständigen Landagitationskommissionen zu überweisen, um denselben als Stützpunkt für ihre weitere örtliche Agitation zu dienen.

10. Stuttgart: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, für den bevorstehenden Wahlkampf eine Agitationsbroschüre herauszugeben, in der das Verbrechen, das die bürgerlichen Parteien und ihre Regierung während der letzten Legislaturperiode am Volke begangen haben, gebührend gekennzeichnet wird.

Organisation.

11. 8. und 10. schlesw.-holst. Kreis: Im § 7 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird unter 1. der letzte Satz, welcher lautet: „Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein," gestrichen.

12. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens eine Zentrale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteigeschäfte regelmäßig zu besuchen und für deren geschäftliche, organisatorische Fortschritte besorgt sein. Die Institution ist ähnlich gedacht, wie solche von den deutschen Genossenschaften durch ihre Verbandsrevisoren bereits geschaffen ist.

13. Nürnberg: Der Parteivorstand hat sofort eine Instanz im Anschluß an das Preßbureau zu schaffen, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsflugschriften und Broschüren ermöglicht.

14. Köslin-Kolberg: Der Parteitag wolle dahin wirken, die Parteibeiträge vorläufig nicht zu erhöhen.

15. 17. hannoverscher Kreis: Der Parteitag möge beschließen, das Pressebureau so zu gestalten, daß es bei wichtigen Tagesereignissen Klischees der Parteipresse zur Verfügung stellt.

16. Hamburg III, Distrikt Eilbek: Der Parteitag möge beschließen, daß mit der Bekanntgabe der Tagesordnung zum Parteitag zugleich der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird.

17. Berlin I: Die der Partei und damit dem Parteivorstande aus der Entwickelung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erwachsenden Aufgaben machen eine Verstärkung der Parteileitung erforderlich. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Sekretäre zu vermehren.

18. Göppingen: Falls die Kräfte des Parteivorstandes zur Bewältigung seiner Aufgaben nicht ausreichen, wolle der Parteitag eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes eintreten lassen.

19. Niederbarnim: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um drei Sekretäre zu verstärken.

20. Königsberg: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um zwei Sekretäre zu verstärken.

21. Stuttgart: Der Parteitag beschließt: Überall dort, wo das Bedürfnis vorhanden ist und es die Umstände gestatten, sind die lokalen Bildungsausschüsse in eine Arbeiterbildungsschule umzuwandeln, die ihre Tätigkeit möglichst auf alle das moderne Arbeiterleben berührende Gebiete auszudehnen hat.

Jugend-Agitation.

Resolution.

22. Berlin II, IV und Teltow-Beeskow:

Der Parteitag begrüßt die Fortschritte, die die proletarische Jugendbewegung trotz der Bekämpfung durch Staat und Kirche gemacht hat. Er bestätigt aufs neue die Wichtigkeit dieses jungen Zweiges der Arbeiterbewegung und macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, ihre Söhne und Töchter für die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu interessieren, sie zum Lesen der „Arbeiter-Jugend" zu veranlassen und auf den Arbeitsstätten für die freie Jugendbewegung zu agitieren.

Angesichts der Tatsache, daß die neue, von staatlicher Seite ausgehende Jugendbewegung durch Veranstaltungen und Gründungen von Vereinen im Anschluß an die Fortbildungsschule fortwährend größeren Einfluß auf die schulentlassene Arbeiterjugend gewinnen will, beschließt der Parteitag:

„Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat eine planmäßige Agitation durch Veranstaltung von Versammlungen, Herausgabe von Flugschriften und Broschüren in die Wege zu leiten. Die Zentralstelle hat den in der Jugendbewegung stehenden Funktionären durch stete Versorgung mit Agitationsmaterial und durch besondere Hinweise auf wichtige Geschehnisse innerhalb der gegnerischen Jugendbewegung sowie durch Erörterung organisatorischer, agitatorischer und pädagogischer Fragen, Anweisung und Anleitung für die Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Die Parteipresse hat mehr als bisher die Bekämpfung der Jugendbewegung zu schildern und über die Arbeit der Jugendausschüsse zu berichten."

23. Stuttgart: Der Parteitag möge beschließen: Um eine gründliche Aufklärungsarbeit unter der proletarischen Jugend Deutschlands durchzuführen, hat die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands Wanderredner bereitzustellen und entsprechende Agitationstouren anzuregen und eventuell auszuführen.

Zur Maifeier.

24. Lübeck: Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird.

25. Dessau, Hagen, 73 Genossen in Kottbus, Forst, der Gautag von Nordbayern und des 18. sächsischen Wahlkreises: Der Beschluß des Nürnberger Parteitages über den Antrag 90, betreffend die Ablieferung des Tagesarbeitsverdienstes am 1. Mai, ist aufzuheben.

26. 11., 12., 13., 14. und 16. sächsischer Wahlkreis:

Der Beschluß 90 des Parteitages in Nürnberg ist aufzuheben.

Sollte der Parteitag diesem Antrag nicht zustimmen, dann ist der Beschluß 90 so zu fassen:

Die Angestellten der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeiterorganisationen, die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften und der privaten Betriebe sowie die selbständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohneinbuße ruhen lassen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem Bezirksmaifonds zugunsten der Maiausgesperrten eine Mark pro Tausend Mark Jahresarbeitsverdienst an den Bezirksmaifonds abzuführen. Fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Ruhetag, dann ist kein Anteil vom Jahreseinkommen abzuführen.

27. Hamburg III, Distrikt Hamm: Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, dem Beschluß des Nürnberger Parteitages, Antrag 90, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten.

Presse und Literatur.

28. Berlin I: Den „Vorwärts" während der Reichstagswahlagitation auch abends erscheinen zu lassen.

29. Lübeck: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß der Vorwärts-Verlag seine wohlfeilen Schriften noch mehr verbilligt, um sie den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Vor allem sollten populärer geschriebene Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung veröffentlicht werden. Die als Kulturbilder bezeichneten — in letzter Zeit mit sehr zweifelhaften Illustrationen geschmückten — Sammelwerke sind nicht weiter zu fördern.

30. Hamburg II: Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu ersuchen, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Dietzsche Verlag in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften abgibt. 2. Die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde. Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek" bei Dietz in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder" des Vorwärts-Verlages.

31. Niederbarnim: Der Parteitag möge beschließen: Das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt" ist in besserer Ausstattung herzustellen.

32. Hamburg III, Distrikt Uhlenhorst: 1. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Illustrationen der „Neuen Welt" besser zu gestalten. Sollte dieses technisch nicht möglich sein, dieselben gänzlich wegzulassen.

2. Den „Wahren Jakob" bildlich und satirisch besser auszugestalten und den Umfang der Annoncen wesentlich einzuschränken.

33. Der Gautag Nordbayerns: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die „Kommunale Praxis" zu einem billigeren Preise abzugeben, damit die Gemeindevertreter mehr als bisher in der Lage sind, die „Kommunale Praxis" zu abonnieren.

34. Der 11. und 14. sächsische Wahlkreis: Den Kreisvereinen oder sonstigen Organisationen, die an ihre weiblichen Mitglieder die „Gleichheit" gratis

---

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(24. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Sechzehntes Kapitel.

Anfang Juli kam ein Brief aus Zürich. Von fremder Hand. Die Stiftstante!

Die Reisenden seien der kühlen Witterung wegen in der Ebene geblieben, die eigentliche Gebirgsfahrt habe man für besseres Wetter aufgeschoben. Frau von Ossendorff sei munter und widme sich ganz dem süßen Wölfi, dessen Erziehung unter dem Hotelleben nicht leiden dürfe. Sie, die Stiftstante, sei eigentlich immer dagegen gewesen, Kinder ins Hotel zu nehmen, schon wegen der vielen Gänge bei Tisch, obgleich das berühmte Hotel Bauer wirklich, das müsse sie sagen, sehr viel leiste. Besonders die Früchte zum Nachtisch seien sehr zu loben. Anna Maria lasse übrigens auf dem Zimmer servieren und sehr einfach, fast unter ihren Verhältnissen. Nun der Herr Rechtsanwalt wisse die Adresse und sei höflichst gebeten, die und die Noten und die und die Zeichenhefte für Wölfi gegen gelegentliche Erstattung der Barauslagen zu senden. Anna Maria beschäftige das Kind in wirklich lobenswerter Weise.

„Sie werden sich sagen, lieber Herr Rechtsanwalt, daß mein Neffe Richard der nächste dazu wäre, so kleine Aufträge zu besorgen. Und ich meinte das auch. Anna Maria bestand aber darauf, ich sollte mich an Sie wenden. Die Ärmste mag wohl recht haben. Die Leutenants sind eben ein anderer Menschenschlag, und Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit ist in so kleinen Geschäften nicht von ihnen zu verlangen. Schrecklich sind die Offiziere in der Schweiz. Sie erden wahrhaftig platt. Denken Sie nur, lieber Herr Rechtsanwalt, Dialekt reden sie, und noch dazu den Schweizer. Ich verstehe gar nicht, wie die Leute sich in dieser Sprache befehlen lassen können.

Aber ich schwatze und schwatze und habe doch nur einen Auftrag auszuführen gehabt.

Zu Gegendiensten gerne bereit Ihre

Mathilde Freiin von Ossendorff."

Van Tenius besorgte Noten und Hefte und schickte sie mit ein paar freundlichen Worten an Wölfis Adresse ab. Wenige Tage darauf kam ein Dankbrief des Knaben mit Grüßen von der lieben Mama.

Dann vergingen Wochen ohne jede Nachricht. Van Tenius hielt sich selbst im Zaum und ließ seine Gedanken selten nach der Schweiz hinüberschweifen. Nur des Abends ertappte er sich wohl darauf, daß er sich vorzustellen suchte, was Marianne in diesem Augenblicke trieb oder sprach oder wie sie aussah. Auch las er in seiner Zeitung immer die kurzen Berichte und Telegramme aus der Schweiz, und in der Wetterungstafel verfolgte er die Temperatur der schweizerischen Stationen. Die politischen Aufregungen der Schweizer interessierten ihn freilich nicht. Wenn aber ein Eisenbahnunglück stattfand oder eine Lawine niedergegangen war, so machte er gar ein ernsthaftes Gesicht.

Gegen Mitte August kam ein Brief, dessen Adresse von Mariannens Hand geschrieben war. Van Tenius riß den Umschlag ab und las:

„Pontresina, Sonntag.

„Mein geliebter Freund! Ich bin froh, daß es mich treibt, Dir endlich zu schreiben. Ich widerstrebe nicht. Glaube mir, daß ich es bis heute nicht vermochte. Nun aber, hoffe ich, wird alles bald gut werden.

„Wenn wir einander nicht gehörten, so fest und treu, wie ich es weiß und glaube, so hätte ich keinen so weiten Raum und keine so lange Zeit zwischen uns treten lassen dürfen. Weil wir einander haben, darum durfte ich's.

„Mein Herz, Du hast recht, ich muß mich von etwas befreien. Du hast auch gewiß erraten wovon und hast gütigst gelogen, als Du mir schriebst, auf Dir laste etwas ebenso Schweres. Du aber hast nicht den Tod eines Menschen auf dem Gewissen. Du weißt ganz gut, daß es das ist. Was sie mir auch sagen, er hätte nicht so geendet, wenn ich in der letzten Stunde nicht so erbärmlich schwach gewesen wäre. Er hatte mir die Kraft zugetraut, und Du hast mir auch vertraut, als Du mich zu ihm führtest. Er würde noch leben, oder er wäre still hinübergegangen, wenn ich nicht so erbärmlich kindisch gewesen wäre. Das ist meine Schuld, und noch weiß ich nicht, wie ich sie bezahlen soll. Aber ruhiger und klarer kann ich an all das denken und kann zugleich unserer Liebe vertrauen, und kann Dir schon heute sagen, daß mein Schuldgefühl mich nicht von Dir trennen kann. Laß mir nur Zeit. Vertraue mir und meiner Liebe. Ich habe gegen den Toten keine höheren Pflichten als gegen die Lebendigen, gegen Dich und meinen süßen Wölfi, den prächtigen Jungen.

„Mittwoch.

„Verzeih, mein Herz, der Brief ist liegen geblieben. Wölfi hat sich erkältet, und ich war namenlos ängstlich. Es war Gott sei Dank nichts. Der Junge hat eine edle Natur. Der schleudert die Krankheiten nur so von sich! Aber ich war doch zwei Tage unruhig und könnte jetzt meinen Brief nicht fortsetzen. Meine Gedanken sind noch bei dem Kind. Ich will das Blatt abschicken.

„Wir sind seit drei Wochen hier. Es ist gewaltig, und wenn ich abends allein die Wege hinauf- und hinabschreite und Deine Liebe wie ein treuer Schatten mich begleitet, dann möchte ich wohl mit Dir plaudern. Aber nicht wahr, Du kommst nicht, wenn ich Dich nicht rufe?

Mein dunkles Kleid schützt mich vor lästigem Verkehr. Die Tante unterhält die Beziehungen zur Außenwelt. Du sollst nicht über sie lachen. Du verstehst diese Menschen nicht recht, die sich als Glieder einer alten Familie fühlen und sich ihr unterordnen. Du mit Deinem Glauben an Dein groß geschriebenes Ich kannst der Begründer einer solchen Familie werden. Weißt Du, mein Herz, ich denke in meiner Einsamkeit alle Deine Gespräche hin und her, und da wende ich dann manchmal Deine Worte auf Dich selbst an. Du hast einmal gesagt, Du habest einen Haß gegen die Leute, die etwas von ihren Großeltern wissen, gegen die Urenkel, die sich etwas darauf einbilden, Urenkel zu sein. Siehst Du, Wölfi wird doch gewiß einmal das Ich groß schreiben, wie Du und die Engländer, aber immer wird er sich als ein Ossendorff fühlen.

„Mit dem Klavierunterricht geht es nicht recht vorwärts, aber im Zeichnen macht er reizende Fortschritte. Lebe wohl und auf Wiedersehen.

Deine Marianne."

Mehr als einmal wollte van Tenius zornig werden beim Lesen des Briefes. Dann las er aber doch glücklich zu Ende und küßte ganz herzhaft die Stelle der Unterschrift. Da hatte er sich garnicht zu schämen.

Er antwortete sofort aber ziemlich kurz. Er werde nicht kommen, so lange Marianne ihn nicht rufe, er könne aber über das Tiefste und Ernsteste nicht viel schreiben. Daß Marianne so tapfer an ihrer Befreiung arbeite, das sei gut und lieb. Sie solle ihm aber glauben, daß er Schwereres auf dem Gewissen habe als ihre Gedankenschuld.

„Nimm nur ruhig an, ich hätte irgend einen Feind ganz brutal erschlagen, und Du wirst nicht allzu sehr irren. Glaube es von mir, aber denke nicht darüber nach. Ein ehrloses Verbrechen habe ich nicht begangen.

„Jawohl, es ist ein großer Gegensatz zwischen denen, die nur Enkel sein wollen, und denen, die Ahnherrn werden möchten. Ich habe aber keine so großen historischen Wünsche. Man muß nicht gleich Ahnherr sein, um sich glücklich zu fühlen. Wenn man nur den Anfang machen kann. Nicht wahr, Marianne, das darf ich sagen, wenn es auch vielleicht bei denen von Ossendorff nicht gestattet wäre, so an seine Braut zu schreiben. Lebewohl und bleib mir gut. Und komm bald oder rufe mich."

liefern, den Bezugspreis von 6 auf 4 Pfg. pro Exemplar zu ermäßigen.

35. Breslau-Stadt. Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, vom Parteitag in Jena die Herausgabe einer populär gehaltenen Agitationsschrift zu fordern, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargelegt wird. Eine solche kurzgefaßte Schrift ist deshalb nötig, weil wir noch zahlreiche ländliche Agitationsdistrikte haben, in denen neben den Landarbeitern auch die kleinen Bauern und Stellenbesitzer gewonnen werden müssen. Gerade diese beiden letzten Gruppen, die aus wirtschaftlichen Gründen viel mehr zu uns, den Besitzlosen, gehören, werden in Wahlzeiten aber von den konservativen und liberalen Wortführern des kapitalistischen Großgrundbesitzes als dessen natürliche Bundesgenossen reklamiert und dementsprechend gegen die Sozialdemokratie aufgehetzt. Eine solche Schrift müßte neben einer überzeugenden Darstellung der schädlichen Wirkungen unserer Agrarzollpolitik auch für den ländlichen Kleinbetrieb eine kurze, klare Erläuterung unserer Programmforderung der Bodenverstaatlichung enthalten.

36. Hamburg III, Distrikte Harvestehude, Barmbeck, Rothenburgsort:

1. Wir ersuchen den Parteivorstand, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erschienenen Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Verlag Dietz in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften mit 50 Prozent Rabatt abgibt.

2. Wir ersuchen den Parteivorstand, die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde, ähnlich den Sammlungen „Göschen", „Aus Natur und Geisteswelt", „Wissenschaft und Bildung". Zur Behandlung müßten unter anderem gelangen mit besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts: Deutsches Wirtschaftsleben, Landwirtschaft, Bankwesen, Handwerk, Welthandel, Deutscher Handel, Dampfmaschine, Elektrizität, Verkehrswege, Eisenbahnen, Schiffahrt, Kriegswesen, Berufsstatistiken, Bauern und Landarbeiter, soziale Theorien, Zeitungswesen, Verfassungsgeschichte, Revolutionen, Reichsgründung, aus der Geschichte der Religion oder des Christentums, aus der Literaturgeschichte, philosophische Systeme, aus der Geschichte früherer Jahrhunderte und anderer Völker.

Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek" bei Dietz in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder" des Vorwärtsverlags.

37. Stuttgart: Der Parteivorstand wird beauftragt: für eine bessere, künstlerisch und literarisch höher stehende Ausgestaltung des „Wahren Jakob" Sorge zu tragen.

38. Hamburg I, 40. Bezirk: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu veranlassen, die namentlichen Abstimmungen im Reichstage dem gesamten Volke zu unterbreiten. Vielleicht in einer Broschürenform mit Erläuterungen der Gesetze in kurzgefaßter Weise, sowie die Abgeordneten durch Reihenfolge anzuführen, welche für und welche gegen das Gesetz gestimmt haben, damit die Wähler wissen, wie der Abgeordnete, dem sie ihre Stimmen gegeben haben, gestimmt hat. Dieses muß einheitlich über das ganze Reich geschehen.

39. Hamburg III, Distrikt Hamm: Dem Parteivorstand wird dringend empfohlen, sein Augenmerk mehr auf die Illustrationen der „Maizeitung", „Neue Welt" und „Neuer Welt-Kalender" zu legen.

40. Der 23. sächsische Wahlkreis drückt den Wunsch aus, daß die „Neue Welt" öfter Erzählungen von der Art bringen möge, wie der Roman „Erweckt" war, und daß diese Erzählungen zu billigen Preisen in Buchform herausgegeben werden, damit auf diese Weise eine Literatur entsteht, die in sozialistischem Sinne auf Geist und Gemüt der arbeitenden Jugend wirkt und ihr Denken veredelt. Es empfiehlt sich, solche Literatur und Arbeiterjugend bei festlichen Gelegenheiten wie: Geburtstagen, Konfirmations- und Weihnachtsfeiern usw. zu schenken. Die Genossen des 23. sächsischen Wahlkreises haben mit diesem Verfahren in der Bekämpfung der Schundliteratur gute Erfolge erzielt.

Parlamentarisches.

41. Paul Wildegans, Berlin VI: Der Parteitag möge die Forderungen der Impfgegner anerkennen und die Fraktion im Reichstage beauftragen, durch Stellung von Anträgen die Forderungen der Impfgegner zu unterstützen.

Die Forderungen der Impfgegner lauten: 1. Gründliche Neuuntersuchung der Impffrage, mit Zuziehung der gleichen Anzahl von Impffreunden und Impfgegnern, entsprechend dem schon 1896 gefaßten Beschlusse des Reichstags. 2. Achtung der Wissens- und Gewissensbedenken der Eltern und der Impflinge selbst (zweite Impfung der Schüler, dritte der Rekruten). 3. Im Falle der Ablehnung von 1 und 2 Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten. 4. Neue Fassung des Impfgesetzes vom Jahre 1874 zur Vermeidung des Wirrwarrs der Rechtsprechung und zur Feststellung, daß damals ein Impfzwanggesetz nicht beabsichtigt worden ist.

Resolution zur Marokkofrage.

42. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. Angesichts des schnell zunehmenden Bedarfs der Kulturvölker an tropischen und subtropischen Nutzstoffen;

2. angesichts der tatsächlichen Unfähigkeit vieler tropischer und subtropischer Völker, die von ihnen bewohnten Gebiete schon jetzt in Einklang mit den Bedürfnissen der internationalen Verkehrswirtschaft zu verwalten und zu entwickeln;

3. angesichts der großen und dauernden Gefährdung des Weltfriedens durch eine ungeregelte, wesentlich von Sonderinteressen einzelner Kapitalistengruppen bestimmte Expansionspolitik der Kulturstaaten;

4. angesichts aber auch der handgreiflichen Gefährdung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und namentlich der deutschen Arbeiterklasse durch die rücksichtslosen kolonialpolitischen Monopolbestrebungen der herrschenden Klassen in Frankreich und England

erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

1. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet es nach wie vor als ihre wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der internationalen Politik, im Verein mit den ausländischen Bruderparteien für einen friedlichen und dauernden Ausgleich internationaler Interessengegensätze einzutreten.

2. Ein solcher Ausgleich ist aber nur möglich, wenn keine einzelne Nation in der kolonialen Versorgung einen monopolistischen Vorsprung für sich beansprucht und keine sich vom friedlichen Wettbewerb mit gleichen Chancen gewaltsam ausgeschlossen sieht.

3. Der Ausgleich der einander widerstreitenden kolonialpolitischen Interessen der Kulturvölker könnte entweder in der völligen Aufhebung aller einzelstaatlichen Monopole und Vorzugsstellungen zugunsten gemeinschaftlicher Verwaltung und Erschließung kolonialer Gebiete bestehen oder durch eine proportionale Verteilung der ausländischen Einflußgebiete nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Wertes und der Versorgungsbedürfnisse der Besitzerstaaten herbeigeführt werden.

4. Solange eine Verständigung auf einer dieser Grundlagen nicht erreichbar ist, wird sich die deutsche Sozialdemokratie im Verein mit den übrigen Teilen des deutschen Volkes allen Versuchen anderer Kolonialmächte widersetzen, ihre bereits unverhältnismäßig wertvollen Einflußgebiete unter systematischer Nichtachtung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse durch weitere Besitz- und Vormacht; ausdehnung immer noch mehr einseitig zu vergrößern – denn dadurch würde der Spielraum der deutschen Volkswirtschaft unerträglich eingeengt und der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter gehemmt oder von den unkontrollierbaren Zufälligkeiten ausländischer Wirtschaftspolitik abhängig gemacht werden.

5. Soweit die deutsche Diplomatie kein anderes Ziel verfolgt, als die Nichtbeachtung deutscher Wirtschaftsinteressen durch die englische und französische Diplomatie zu verhindern, soweit ihr Vorgehen also nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftslebens dient, soweit hat die deutsche Sozialdemokratie keinen Grund, ihre Oppositionsstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Regierung zu übertragen.

Max Maurenbrecher. Hulda Maurenbrecher. Gerhard Hildebrand, Solingen.

Sonstige Anträge.

43. Parteitag Sachsen-Altenburg: Der Parteitag wolle beschließen, in Zukunft soll bei Unglücksfällen usw., bei denen allgemeine Sammlungen vorgenommen werden, die Partei selbst Sammlungen vornehmen, um nicht wieder, wie in Radbod, die Groschen der Arbeiter der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

44. Niederbarnim: In Erwägung, daß bisher die für die Gewerkschaften reservierten Sitze der Parteischule nicht voll ausgenutzt wurden, wird der Parteivorstand beauftragt: Um eine volle Besetzung der Schule zu erzielen, in Zukunft etwa freibleibende Sitze anderweitig besetzen zu lassen, wenn von den sechs Wochen vor Eröffnung des Kursus die volle Schülerzahl nicht angemeldet ist.

45. Berlin IV: Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen.

46. Stuttgart: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, dafür zu sorgen, daß künftig in der Parteipresse Schnapsinserate nicht mehr aufgenommen werden.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

47. Köln-Stadt und Land: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1912 zu setzen: Die Privatbeamten und die Sozialdemokratie.

Ort des nächsten Parteitages.

48. Solingen, Distrikt Mengenberg: Der nächste Parteitag ist in Solingen abzuhalten.

49. Dessau: Den nächsten Parteitag in Dessau abzuhalten.

50. 16. sächs. Wahlkreis: Den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

Zur Frauenkonferenz.

Resolutionen von Groß-Berlin.

Zum Strafgesetzbuch.

Der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch enthält eine Fülle von Bestimmungen, die den schärfsten Protest der sozialdemokratischen Frauen herausfordern.

Die Konferenz verpflichtet deshalb die Genossinnen, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen und zu gegebener Zeit überall die Agitation anzuregen.

Die Konferenz ersucht das Frauenbureau, den Referentinnen das nötige Material zur Agitation zu übermitteln.

Die Konferenz ersucht die Redaktion der „Gleichheit", die fraglichen Bestimmungen einer Besprechung zu unterziehen und damit den Genossinnen ihr Studium zu erleichtern und die Agitation zu unterstützen.

Kinderschutz und Fortbildungsschule.

Die 6. Frauenkonferenz bestätigt die auf der 3. Frauenkonferenz zu Bremen angenommene Kinderschutzresolution, da das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Die 6. Frauenkonferenz fordert deshalb aufs neue im Interesse der Zukunft des Proletariats und des gesamten Volkes:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklichst die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gegenüber den Versuchen der Junker und Pfaffen im preußischen Landtage, die ohnehin ungenügende Fortbildungsschule noch durch Einführung des Religionsunterrichts zu verschlechtern, ruft die 6. Frauenkonferenz alle Genossinnen und Genossen zur energischen Abwehr dieser Bestrebungen auf, die nur dazu dienen sollen, das erwachende Klassenbewußtsein der arbeitenden Jugend zu ersticken und sie zu willfährigen Werkzeugen der herrschenden Klassen gegen ihre eigenen Väter zu erziehen.

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behand-

---

Jetzt half ihm seine Arbeit weniger als bisher. Täglich erwartete er einen guten und glücklichen Brief Mariannens, täglich empfand er es wie eine Kränkung, wenn der Brief nicht kam; und die heißen Sommertage, die jetzt über Berlin lasteten, die Gerichtsferien, die ihm gestatteten fortzugehen, nach der Schweiz, wenn er wollte, alles schien der Geliebten unrecht zu geben.

Van Tenius war nun bei der endgültigen Ausarbeitung seines Buches und hatte auch mit der Verwaltung der Summe zu tun, die Offendorff ihm anvertraut hatte. Aber das alles beschäftigte ihn nur so obenhin. Langsam sammelte sich auf dem Grunde seiner Gedanken ein leiser Groll gegen die Geliebte. Täglich hätte sie schreiben sollen. Wohl war er ihrer sicher, aber deswegen brauchte sie doch nicht zu verstummen.

Und es war ihm auch nicht recht, daß sie mit diesem verwöhnten Jungen und der lächerlichen Tante jede Woche gewiß Beträge auszahlte in den fürstlichen Gasthöfen, die dem Jahreseinkommen seiner armen Freunde gleichkamen. Nun gut, sie war eine reiche Frau. Aber sie war seine Braut und hätte sich beizeiten darauf einrichten sollen, freiwillig und gern auf einen gewissen beleidigenden Luxus zu verzichten. Sie mußte den Armenanwalt besser kennen und ihm von selbst solche Vorschläge machen.

Erst gegen Mitte September kam wieder ein Brief von ihrer Hand. Ein merkwürdig dunkler Brief. Sie bat den Freund, einige Geldangelegenheiten für sie zu ordnen, und als ob sie seine Gedanken erraten hätte, kam sie dieses Mal auf die Vermögenslage zu sprechen.

„Ich wiederhole eines Deiner Lieblingsworte: daß Du kein Philister bist. Auch wenn wir nicht Mann und Weib würden, so könntest Du über unser Vermögen frei verfügen, für Deine Ideen oder für Deine Menschen. Nur eines mußt Du mir gestatten: daß ich Wölfi so aufwachsen lasse, wie es sich für ihn schickt. Du wirst manches überflüssig finden, wirst aber ein Auge zudrücken, nicht wahr, mein Herz! Wölfi ist doch am Ende der Erbe des Namens. Ich selbst verspreche Dir, einfacher zu werden.

„Die Tante ist gestern allein nach Hause gereist. Sie mußte ein neues Dienstmädchen aufnehmen und dergleichen mehr. Ich fürchte, sie war in der letzten Zeit unzufrieden mit mir. Ich habe zu oft von Dir gesprochen und zu warm. Es kam zu keiner Auseinandersetzung, aber das gute, alte Fräulein ist klüger und feiner als wir ahnten. Sie hat mir vor der Abreise in der schonendsten und gütigsten Weise einige harte Wahrheiten gesagt. Als sie fort war, habe ich lange geweint. Mit ihr löste sich mehr von mir als Du ahnst. Doch Wölfi ist mir geblieben und er tröstete mich wirklich, wie Du es kaum glaubst.

„Antworte mir nicht. Ich bin jetzt ganz allein und der schwerste Kampf mit mir beginnt. Erschrick nicht, mein Herz. Meine Liebe zu Dir steht hoch und fest wie nur eine von den Felswänden, über die hinweg ich Dich grüße, tausendmal."

In die Unruhe des Rechtsanwalts hinein traf acht Tage später ein Brief mit dem Datum „Im Domleschg" und dem Poststempel Reichenau.

Marianne habe sich irgendwo im Rheintal versteckt und trage ihre Briefe nach Reichenau, um ihm ihren Aufenthalt nicht zu verraten. Die Luft sei milder als auf der Höhe, und Wölfi werde den Übergang leichter haben. Er sehe aber schlank und braun aus, daß es eine Freude sei. Marianne unterhalte sich ernsthaft mit ihrem Herzen und die Gedankenschuld sei langsam von ihr gewichen.

„Habe guten Mut, mein Geliebter, wir werden bald vereint sein und vertraue meiner Liebe."

„Wölfi hat eine Ruine nach der Natur gezeichnet. Kindlich, aber wirklich hübsch."

Bald darauf ein langer Brief, der die Gegend des Rheintals und die Ruhe des abgelegenen Dörfchens ausführlich beschrieb, aber wieder den Ort nicht verriet.

„Leb wohl, mein Geliebter, und auf Wiedersehen. Ich mache mich stark und liebe Dich."

Es war über van Tenius allmählich die Angst gekommen, daß sich hinter diesem geheimnisvollen Tun noch eine Gefahr für ihre Liebe berge. Von Zeit zu Zeit fühlte er einen hellen Zorn gegen die unbotmäßige Frau, welche so lange zögerte, ihr Schicksal bedingungslos in seine Hand zu geben. Was mochte es wohl sein, womit sie neuerdings zu kämpfen hatte? Natürlich die von Offendorff! Jetzt erst ist ihr eingefallen, daß die Familie mit dem Rechtsanwalt nicht einverstanden sein werde. Was war das für eine Welt, wo man eine Familie zu fragen hatte! Van Tenius war doch auch nicht aus einer Pistole geschossen auf die Welt gekommen! Wenn er seine Familie gefragt hätte!

Die letzten Tage des September brachten kalte Herbststürme. Und wieder ein Brief mit dem Poststempel Reichenau. Van Tenius sollte nur um Gottes willen nicht ohne Verabredung aufbrechen und Marianne suchen. Das würde das Reifen eines schönen und großen Entschlusses nur stören.

„Ehe Du es ahnst, plötzlich vielleicht bin ich bei dir, mein Geliebter, und dann, sei dessen versichert, dein bis ans Ende."

Und wieder verstummte Marianne. Gerade ihr Verbot reizte ihn. Er wollte ins Rheintal fahren und es absuchen nach der schönen blonden Frau in Trauer, und dem schlanken Junker. Doch sein Stolz lehrte ihn bleiben. Nur immer lebhafter wurde sein Zorn gegen das selbständige Weib.

Prachtvolle Herbsttage waren gekommen. Alle Welt war nach Berlin zurückgekehrt. Die Gesellschaft, die Marianne offenbar so viel zu schaffen machte. Von ihr aber kein Wort mehr. Van Tenius fing an, den Briefträger auf der Straße anzuhalten und des Morgens ungeduldig zu klingeln, wenn Briefe für ihn abgegeben wurden und nicht wenige Sekunden später schon in seiner Hand waren. Die schöne Nichte neckte ihn mit seinem Eifer.

Aus den Augen, aus dem Sinn. Der Herr Rechtsanwalt solle nicht glauben, daß die vornehmen Damen treu wären. Die! Die machen ihre großen Reisen doch nur der Bekanntschaften wegen. Und gar die Blonden!

Van Tenius überlegte wieder einen Plan, die Braut zu überraschen. Nur noch einen Tag wollte er warten. Und dann noch einen.

Endlich! Ein Telegramm aus Wien.

„Ich komme morgen und wohne im Hotel de Rome. Ich erwarte Dich, übermorgen, so früh Du magst. Gruß Marianne."

Van Tenius fand das Blatt vor, als er abends nach kurzem Aufenthalt im Bierhaus ungeduldig und unruhig nach Hause zurückkehrte. Die Nichte muß es hingelegt haben. Es lag ein wenig kokett abseits von anderen Briefschaften gegen Mariannens Photographie gelehnt. An der Oblate hatte eine unbefugte Hand vergeblich herumgefingert.

Mit einem Schlage fiel der Zorn von der Seele des Rechtsanwalts ab. Als ob er in eine warme Stube getreten wäre und den Mantel ablegen müßte. Er ging noch einmal aus und führte diesmal seine Freude weit ins Freie hinaus. Endlich war sie sein geworden. Und freiwillig war sie sein geworden, von der Ferne schon gab sie ihm ein Zeichen, wie sich das für ihn und für sie schickte. Keine Überredung, keine Verführung. Selbständig war sie mit sich fertig geworden, und nun kam sie.

Plötzlich bemächtigte sich seiner eine Sehnsucht, gegen die er nicht anzukämpfen vermochte. Jeder Schritt, der ihn der Geliebten nicht entgegenbrachte, schien ihm verächtlich, jeder Atemzug endlose Langeweile. Sie kam von Wien, sie mußte also morgen über Dresden fahren. Vielleicht ließ sie dort den Knaben zurück. Bis nach Dresden konnte er ihr entgegen eilen. Er wird morgen mit dem ersten Zug hinfahren, und sie auf dem Bahnhof erwarten. Er kann doch nicht bis übermorgen untätig dasitzen.

(Fortsetzung folgt.)

lung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenkassen unterstehen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums.

Sie führt häufig zu Unterleibserkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnen-Unterstützung für acht Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnen-Unterstützung an den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weiblichen Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

Krankenkassenwahlen betreffend.

Die sechste ordentliche Frauenkonferenz verpflichtet die Genossinnen: den Vertreterwahlen der Krankenkassen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Soweit sie selbst Mitglied einer Krankenkasse sind, die noch ein Stück Selbstverwaltungsrecht besitzt, haben sie sich an den Wahlen zu beteiligen und dafür einzutreten, daß auch weibliche Vertreter in entsprechender Anzahl aufgestellt werden. Im übrigen gilt es, rechtzeitig und in umfassender Weise unter den weiblichen Kassenmitgliedern für eine vollzählige Beteiligung zu agitieren.

Aus der Partei.

Zum „Geheimerlaß" des Parteivorstands geben die Parteiblätter des Niederrheins Arbeiterzeitung, Essen, Bergische Arbeiterstimme, Solingen, Freie Presse, Elberfeld, Niederrheinische Volkstribüne, Krefeld, Remscheider Arbeiterzeitung, Volksstimme, Lüdenscheid, Volkszeitung, Düsseldorf, eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die Generalkommission kann um so weniger als Hüterin des guten Tones bei Polemiken zwischen Partei und Gewerkschaften anerkannt werden, als Mitglieder dieser Körperschaft in den bekannten Polemiken gegen den Genossen Kautsky wegen dessen „Weg zur Macht" und gegen den Genossen Pannekoek wegen dessen Stellungnahme zum Thema „Massen und Führer" die denkbar schlechtesten Beispiele unsachlicher Kampfesweise geliefert haben. Da bei diesen Gelegenheiten der Parteivorstand weder die Mannheimer noch die Jenaer Resolution entdeckt hat, erweckt sein jetziges völlig unmotiviertes Eingreifen den Eindruck, daß er sich in einer wenig würdigen Abhängigkeit von der Generalkommission befindet. Die unterzeichneten Redaktionen bedauern, daß der Parteivorstand versucht hat, die Veröffentlichung der Erklärung der Generalkommission zu verhindern, da mit solcher Geheimniskrämerei erfahrungsgemäß der beabsichtigte Zweck niemals erreicht wird. Sie erklären zum Schluß mit aller Bestimmtheit, daß sie sich solchen Bevormundungsversuchen, wie sie von Generalkommission und Parteivorstand im vorliegenden Falle unternommen worden sind, keinesfalls fügen werden."

Ein sonderbarer Sozialdemokrat. Gegen Gerhard Hildebrand, der jetzt wieder in schönem Verein mit Hulda und Max Maurenbrecher einen so ulkigen Antrag, betreffend die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialfrage, an den Parteitag gerichtet hat, ist, wie wir kurz mitgeteilt haben, von den Solinger Genossen ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt worden. Den Grund dazu gab folgender Vorgang: Hildebrand hielt letzthin in dem Solinger Gewerkschaftskartell einen Vortrag, und zwar über das Thema: Die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt. Darin gab er so etwas wie eine Generalbeichte; denn er führte gleich am Anfange aus, er wäre vor Jahren aus der „Arbeiterstimme" geschieden, weil er in seinen Ansichten erschüttert worden sei, womit er erst mit sich selbst wieder ins reine kommen wollte. Das habe er versucht, dabei habe sich aber gezeigt, daß diese Erschütterungen größer seien, als er anfangs angenommen habe. Er habe sich nicht nur von den allgemeinen Ansichten der Sozialdemokratie entfernt, sondern auch noch von einem Teil derjenigen, die er vor dem Übertritt zur Sozialdemokratie gehabt habe (als Nationalsozialer!). Hier nun wolle er einmal die Konsequenzen von allem ziehen, und dann sollten die Kartelldelegierten selbst prüfen, ob er noch zur Sozialdemokratie gehöre oder nicht. Dann ging er zum eigentlichen Thema über, meinte, daß sich jetzt auch alle Agrarstaaten industriell immer selbständiger machten, so daß sie sich schließlich mit agrarischen und industriellen Produkten selbst versorgen würden; das empfehle sich auch für Deutschland, das noch nicht so sehr abhängig vom Weltmarkt sei wie andere Staaten, da es unter den Völkern am besten dastehe und am besten regiert werde! Er lobte die Schutzzölle, da sie uns einen gesicherten Absatzmarkt verschafften, der Industrie agrarische Lohndrücker fernhielten und auch die Auswandererziffern senkten, wenn wir auch die Lebensmittel ein wenig teurer bezahlen müßten. Als Clou folgte dann das Bekenntnis Hildebrands, daß er für die Erwerbung und Erhaltung von Kolonien eintrete, auf die wir angewiesen seien, und daß wir auch bei der Aufteilung Marokkos Kompensationen haben müßten. Er trete in Konsequenz dieser Politik schließlich auch für die Bewilligung der militärischen Forderungen ein. Die Schutzzölle halte er für notwendig, wenngleich sie bei steigendem Weltmarktpreis automatisch fallen sollten; nicht zu vergessen sei auch, daß hauptsächlich eine Stärkung des mittelbäuerlichen Elements direkt erforderlich wäre. Nach diesen Ausführungen stellte sich Hildebrand selbst die Frage, was er denn danach noch bei der Sozialdemokratie wolle. Er antwortete: deren Kulturbestrebungen hielten ihn fest, und zu den andern Parteien könne er nicht gehen, da sie entweder in der Sozialpolitik oder in demokratischen Forderungen versagten. Natürlich wurde dem Exgenossen nun gesagt, daß er nach solchen Anschauungen nicht mehr zur Sozialdemokratie gehöre. Doch hatte es damit vorläufig sein Bewenden, bis Hildebrand die Taktlosigkeit besaß, eine ihm in Unkenntnis der ganzen Sache angetragene Parteitagskandidatur anzunehmen. Das schlug dem Faß den Boden aus. Der erweiterte Vorstand des Kreises Solingen befaßte sich mit der Angelegenheit und beschloß, die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand bei der Gesamtgenossenschaft zu beantragen. Es darf wohl keinem Zweifel unterliegen, daß diesem Antrag stattgegeben wird; denn die neuesten Ansichten Hildebrands gehen selbst seinen wenigen persönlichen Freunden in Solingen zu weit. Damit wird dann auch der Irrtum seine endgültige Korrektur gefunden haben, der Hildebrand seinerzeit veranlaßte, seine Schritte zur Sozialdemokratie zu lenken.

Einen glänzenden Sieg erfochten unsere Obersteiner Genossen bei der Beisitzerwahl. Von 836 abgegebenen Stimmen erhielt unser Genosse Hermann Faber 435 Stimmen, während auf den Fortschrittler 324, auf den Nationalliberalen 73 Stimmen entfielen. Der Ausfall dieser Wahl ist ein gutes Vorspiel für die oldenburgischen Landtagswahlen und für die kommende Reichstagswahl im 1. oldenburgischen Wahlkreis, zu dem Oberstein als größte Industriestadt des Fürstentums Birkenfeld gehört.

Der Kampf in England.

Die von der Regierung angestellten Vermittlungen zwischen den ausständigen Eisenbahnern und den Eisenbahngesellschaften haben zu einem guten Resultat geführt. Es ist eine Einigung erzielt worden. Die **Eisenbahner** beschlossen gestern abend in einer von 30 000 bis 40 000 Personen besuchten Versammlung, **die Arbeit wieder aufzunehmen.**

Der Vergleich zwischen den streitenden Parteien ist auf folgender Grundlage aufgebaut:

Artikel 1. Der Streik ist sofort zu beenden. Die Arbeiterführer sollen sich nach besten Kräften bemühen, die Leute zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Artikel 2. Alle Arbeiter, die durch Streik oder Aussperrung in den gegenwärtigen Streik verwickelt sind und sich innerhalb einer angemessenen Zeit wieder zur Arbeit melden, sollen von den Gesellschaften sobald als möglich wieder eingestellt werden. Niemand soll wegen Kontraktbruches gerichtlich belangt oder sonstwie bestraft werden.

Artikel 3 enthält Einzelheiten über die Einberufung von Einigungsämtern, die über die strittigen Fragen beraten sollen.

Artikel 4. Es sollen sofort Schritte unternommen werden, um Fragen zu regeln, die zwischen den Gesellschaften und denjenigen Kategorien der Angestellten schweben, die in dem Vergleichsabkommen von 1907 nicht einbegriffen waren, und zwar sollen diese Fragen durch eine Konferenz zwischen Vertretern der Gesellschaften und Vertretern ihrer Angestellten bis zu der Berichterstattung durch eine besondere Untersuchungskommission geregelt werden.

Artikel 5. Beide Parteien leisten der Kommission jeden Beistand.

Artikel 6. Jede Frage, die wegen Auslegung dieser Vergleiche auftauchen könnte, soll dem Handelsamte vorgelegt werden. Die Regierung macht den Vorschlag, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, die die Wirkung des Einigungs- und Schiedsgerichts-Abkommens für die Eisenbahner prüfen und darüber Bericht erstatten soll, welche Änderungen gegebenenfalls wünschenswert sind. Die Kommission soll aus 5 Mitgliedern bestehen, nämlich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl mit einem unparteiischen Obmann, und während der nächsten Woche zusammentreten. Sie soll die Arbeiten so schnell als möglich erledigen. Beide Parteien haben die Versicherung gegeben, daß sie die Beschlüsse der Kommission annehmen wollen. Die Regierung sicherte ferner den Eisenbahngesellschaften zu, daß sie in der nächsten Session dem Parlament ein Gesetz vorlegen wird, durch das wegen der Steigerung der Arbeitskosten, hervorgerufen durch die gegenwärtige Aufbesserung der Lage des Arbeitspersonals, eine allgemeine, angemessene Erhöhung der Tarife als gerechtfertigt erklärt werden soll.

Mit dieser Regelung hat einer der gewaltigsten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit ihr Ende gefunden.

Gewerkschaftsbewegung.

Lithographen und Steindrucker. Der Ausstand in Gera währt bereits seit 6 Wochen. Ein Ende des Kampfes ist nicht abzusehen. Die Zentrale des Unternehmerverbandes hat sich als Bureau für Arbeitswilligenvermittlung etabliert und hofft mit Hilfe glänzender Versprechungen den Streik niederzuschlagen. Unter der Devise „Die Freiheit der Arbeit im Steindruckgewerbe zu erkämpfen" werden die Arbeitswilligen nach Gera versandt. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die traurigen Löhne in Gera nicht höher werden zu lassen. Nach Gera gesandte Arbeitswillige, die Ehrgefühl genug hatten, wieder abzureisen, beklagten sich bitter, daß ihnen seitens Angestellter des Schutzverbandes falsche Mitteilungen über den Streik gemacht worden wären und sie dadurch nach Gera gelockt wurden. Wir haben auch Beweise, daß Druckaufträge nur deshalb nach Gera gekommen sind, weil Preisunterbietungen gemacht wurden. Diese Konkurrenz geschieht auf Kosten der Arbeiter und das ist es, was der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer schützen will. Jeder ehrliche Arbeiter hüte sich deshalb, den Lockungen nach Gera zu folgen.

Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband hat mit den Mühlenwerken A. u. W. Niemöller in Dortmund einen zweijährigen Tarifvertrag abgeschlossen, der den Arbeitern recht nennenswerte Vorteile bringt.

Der Streik der Metallarbeiter in Barmen, Elberfeld und Vohwinkel. Die Situation ist hier für die Streikenden nach wie vor äußerst günstig. Die am Kampf beteiligten Betriebe ruhen so gut wie vollständig, da das Bäckerdutzend Arbeitswilliger noch nicht überschritten ist. In dieser Woche ist es wieder in einem Betriebe zu einer Einigung über die Forderungen gekommen, sodaß jetzt 385 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die im Unternehmerverband organisierten Unternehmer verharren noch immer bei ihrer ablehnenden Haltung. Die bürgerliche Presse macht sich das Vergnügen, die Polizei auf die Streikenden zu hetzen. Daß auch Mitteilungen über angebliche Gewalttätigkeiten Streikender fortwährend in die Welt gesetzt werden, ist eine Erscheinung, die man ja bei jedem Streik beobachten kann und die sich auch hier wiederholt. Dem Kampfeseifer der Streikenden macht das keinen Eintrag.

Zur Massenaussperrung in Norwegen. Nach den jetzt vorliegenden Mitteilungen scheint die Beendigung des großen wirtschaftlichen Kampfes in Norwegen nahe bevorzustehen. Die Einigungsvorschläge, die zwischen den Vertretern der Parteien zustande gekommen sind, beziehen sich sowohl auf die Bergarbeiterschaft wie auf die Elektromonteure, das Kristiania Nagelwerk und die Maurer in Stavanga, also auf die Konflikte, derentwegen die Unternehmer die Massenaussperrung veranstalteten. Die Vorschläge sind nun den Parteien zur Abstimmung unterbreitet und man erwartet, daß das Ergebnis der Abstimmung am Dienstag vorliegen wird und die Arbeit dann eventuell wieder aufgenommen werden kann. Über die Einzelheiten der Vorschläge ist noch nichts bekannt, so viel scheint jedoch sicher, daß die Unternehmer den Zweck, den sie mit der Aussperrung verfolgten, nicht erreicht haben und ziemlich weitgehende Zugeständnisse machen mußten. Im Storthing wurde die Nachricht von der Einigung unter den Parteivertretern mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der fungierende Präsident Bratlie sprach die Hoffnung aus, daß das Land in Zukunft von so harten und schweren Konflikten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern verschont bleiben möge. — Im ganzen Lande und nicht zum wenigsten auch in den Kreisen der Arbeitgeber empfindet man es als eine große Erleichterung, wenn dieser Kampf, der äußerst schwer auf dem Wirtschaftsleben lastete, endlich sein Ende erreicht.

Der Sozialismus in Argentinien.

Genosse Dr. Dickmann, der Vertreter der argentinischen Sozialdemokratie im Internationalen Bureau, ist auf einer Studienreise durch Europa begriffen. Seinen Aufenthalt in Brüssel benutzte unser dortiges Parteiblatt „Der „Peuple", um Dickmann über die Verhältnisse in der Arbeiterschaft Argentiniens zu befragen. Diesem Interview verdanken wir folgende Mitteilungen!

Die „Republik" Argentinien wird durch die eingeborenen privilegierten Großgrundbesitzer und durch eingewanderte Großkaufleute beherrscht. Die große Masse des Proletariats setzt sich aus Emigranten zusammen, die nicht nur wirtschaftlich schlecht gestellt sind, sondern auch über geringes Wissen verfügen und daher vielfach mehr den anarchistischen als sozialistischen Ideen zugänglich sind. Das brachte in das Verhältnis zwischen Regierenden und Proletariat ganz besonders schroffe Gegensätze.

Am 1. Mai 1909 gedachte die Polizei der Hauptstadt Buenos Aires gegen die sozialistische Arbeiterschaft, die ihre Organisation auszubauen begonnen hatte, einen Hauptschlag zu führen und die junge Bewegung im Keim zu ersticken. Und zwar bediente sie sich des internationalen Polizeitricks: sie provozierte das Proletariat, um es zu Unbesonnenheiten zu reizen und, auf diese Weise gestützt, den Vereinigungen der Arbeiterschaft das Lebenslicht auszublasen. Gemäß ihrem Programm sprengte die Polizei ohne jeden Anlaß den Maifestzug und schoß in die Scharen hinein. Fünfzig Menschen wurden verwundet zehn getötet.

Damit hatte man erzielt, was man wollte: eine außerordentliche Erregung im Volke. Die Arbeiterschaft heischte die Entlassung des Polizeichefs der Hauptstadt, und da die Regierung den Jagow von Buenos Aires nicht fallen lassen wollte, brach im Lande ein Generalstreik aus, an dem sich 200 000 Arbeiter beteiligten und der eine volle Woche währte, ohne daß er allerdings eine greifbare Wirkung hervorbrachte. Ein paar Monate später tötete ein junger Russe den Polizeipräsidenten durch eine Bombe. Darauf setzte die Reaktion mit allen Mitteln ein: Belagerungszustand auf drei Monate, Einkerkerung der sozialdemokratischen Propagandisten, Schikanierung der Arbeiter, Schließung der Arbeitervereine und -lokale, Konfiskation der Bibliotheken usw. Dieser Zustand war um so unerträglicher, als nach den Ausnahmegesetzen, mit denen Argentinien bereits seit 1902 bei den allergeringsten Anlässen arbeitet, jeder Fremde binnen 24 Stunden ohne Angabe von Gründen ausgewiesen werden darf.

Im Jahre 1910 demonstrierten die Anarchisten gegen das Ausnahmegesetz-Regime mit solcher Ungeschicklichkeit, daß die Regierung erwünschten Anlaß hatte, wiederum mit aller Schärfe und Brutalität vorzugehen und — am 14. Mai 1910 — von neuem den Belagerungszustand zu erklären. Ein Haufen „patriotischer" Radaubrüder steckte in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai mit Unterstützung der hochwohllöblichen Polizei von Buenos Aires die Druckerei des Anarchistenblattes „El Protesto" in Brand; auch die Räume des sozialistischen Blattes „La Vanguardia" („Die Vorhut") wurden zerstört und die Bücher der Arbeiterbibliothek, die Werke Darwins, Zolas, Spencers, Karl Marxens unter den Klängen der Nationalhymne auf die Straße gestreut! Viele Arbeiter wurden auf eine ferne Insel verbannt, die Freiheit der Vereinigung und Versammlung, des Wortes und der Presse ging in Rauch auf.

Trotzdem verzagten die Sozialisten Argentiniens nicht. Durch öffentliche Sammlung brachte man 40 000 Mark auf, mit deren Hilfe zunächst die sozialistische Tageszeitung wieder instandgesetzt wurde, und ungeachtet aller Gegenanstrengungen der Geld-Aristokratie und der Kirche gelang es, die Sozialdemokratische Partei Argentiniens wieder in Blüte zu bringen.

Natürlich lassen die Kräfte der Partei noch viel zu wünschen übrig, aber es darf nicht übersehen werden, daß Argentinien ein Einwanderungsland und in steter Entfaltung ist. Die „Republik" hat — auf dem Papier — das allgemeine Wahlrecht, das jedoch durch Betrügereien, Bestechungen u. dergl. illusorisch gemacht wird. Dessenungeachtet haben die Parteigenossen Argentiniens gute Zuversicht und Vertrauen auf die Zukunft. Das Zentralorgan wird fleißig gelesen, und auch die Provinzblätter finden ihren Absatz. Die Volksuniversität „La Luz" („Das Licht") erfreut sich regen Besuches. In Buenos Aires hat die Partei 20, im übrigen Lande ebensoviel Sektionen. Die Arbeiterkonsumbewegung Argentiniens, nach dem Hamburger Muster aufgebaut, entwickelt sich sehr gut und hat es z. B. bereits zu 130 eigenen Wohnhäusern gebracht.

Argentinien, heute von etwa 10 Millionen Menschen bewohnt, kann bei seiner großen Fruchtbarkeit an 100 Millionen ernähren, und es wird ja bereits als zukünftiger Weltlieferant für Fleisch und Leder betrachtet. Schon jetzt könnte das Proletariat Argentiniens glücklich leben, würde es nicht durch die brutalen Kapitalisten des Landes mißhandelt und zu Boden gedrückt. Die kleine aber tapfere Sozialdemokratie will und wird unter Führung des Genossen Dr. Juan B. Justo das Proletariat aufklären und aufmuntern, bis auch

in dieser „Republik" der Arbeiterschaft der Teil am Lebensglück wird, der ihrem Fleiß und ihrer Schaffenskraft gebührt.

Soziales.

Die Verteuerung der Milch — eine göttliche Fügung. Die Milchproduzenten von Leipzig und Umgegend haben die Erhöhung des Milchpreises um zwei Pfennige für das Liter beschlossen und durchgeführt, angeblich, weil die Hitze der letzten Wochen einen Mangel an Futter hervorgerufen hat. Gegen diese Erhöhung des Milchpreises sträubten sich anfangs die Milchhändler mit aller Macht; sie waren sogar drauf und dran, die Leipziger Arbeiterschaft gegen die Agrarier aufzurufen. In einer Versammlung brachten sie zum Ausdruck, daß die Lage des Milchhandels eine weitere Erhöhung des Milchpreises nicht ertragen könne. Auch liege zu einer Preissteigerung gar kein Anlaß vor; es gebe viele Milchproduzenten, die noch heute mit gedörrten Rübenschnitzeln vom vergangenen Jahre füttern und ihren Preis trotzdem „wegen Futtermangel" erhöhten. Wenn jetzt die Preissteigerung ohne Widerstand durchginge, dann sei vor Weihnachten sicher eine weitere Steigerung zu erwarten. So beschlossen denn die Händler, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen einen Preisaufschlag zu kämpfen." Weiter beschlossen sie, nicht mehr als 15 Pfg. für einen Liter, frei Station, zu zahlen, „unter keinen Umständen einen Preisaufschlag durchgehen zu lassen". Dann beschlossen die Landwirte einstimmig, die Erhöhung des Milchpreises um zwei Pfennig für den Liter durchzuführen. Den Landwirten ginge es jetzt wegen des Futtermangels so schlecht, daß sie bei der Produktion von Milch noch bares Geld zulegen müßten. Im gleichen Atemzuge betonten die Herren Agrarier, daß von einer Herabsetzung des Milchpreises nach Behebung des Futtermangels keine Rede sein könne. Ein Agrarier stellte mit frommem Augenaufschlag die herrschende Dürre als eine Fügung Gottes hin, die den Menschen zeigen solle, daß einer über den Wolken sitze, dem der menschliche Fürwitz unterlegen sei. Derselbe Herr — Ökonomierat Fröbel — genierte sich aber trotz seiner Auffassung von der göttlichen Fügung der Dinge nicht, den Landwirten zu empfehlen, den „widerspenstigen" Milchhändlern, das heißt denen, die auf ihren alten Lieferungsvertrag pochen, zu sagen:

„Schön, ich halte meinen Vertrag, aber wenn er abgelaufen ist, bekommst Du von mir keine Milch mehr und ich werde auch dafür sorgen, daß Du bei der Zentrale unseres Vereins genügend bekannt gemacht und Du dann bei der Lieferung von Milch erst zuletzt bedacht wirst."

Diese agrarische Drohung verfehlte ihre Wirkung auf die Händler nicht. In einer Vorstandssitzung des Vereins Leipziger Milchhändler wurde unter dem Druck der Großhändler beschlossen, einer Versammlung der Milchhändler die Aufhebung der früher gefaßten Beschlüsse zu empfehlen. Das ist denn nunmehr auch geschehen: Die Milchhändler haben vor den Agrariern kapituliert; die Versammlung nahm bedingungslos die diktierte Preiserhöhung an. Ein Liter Milch kostet in Leipzig nunmehr frei Haus 24 Pfg., im Laden 22 Pfg. Was das für Arbeiterfamilien, namentlich für kinderreiche, zu bedeuten hat, braucht hier wohl nicht besonders betont zu werden. Die Arbeiterschaft trägt die Folgen dieser „göttlichen Fügung", die Agrarier erfreuen sich ihrer als eines Segens.

Aus Nah und Fern.

Liebestragödie. Wie aus Berlin berichtet wird, erstach ein 19jähriger Eisenbahnanwärter in Groß-Lichterfelde auf offener Straße seine Braut, eine 18jährige Näherin. Der Täter wurde verhaftet. Die Eltern des jungen Mädchens waren mit seiner Verlobung nicht einverstanden. Die Verlobten kehrten in der elften Stunde von einem Spaziergang zurück, als der Bräutigam seine Braut in den Arm nahm, ein Taschenmesser hervorzog und dieses seiner Braut so tief ins Herz stieß, daß sie nach wenigen Minuten in den Armen des Bräutigams starb.

Ein anormaler Mensch. Vor einiger Zeit trieb im Westen Berlins ein Säurespritzer sein Unwesen, der in mehreren Fällen Damen schwer geschädigt hat. Nachdem Anzeige bei der Polizei erstattet worden war, gelang es, einen jungen Mann auf frischer Tat zu ertappen. In dem Attentäter wurde der 26jährige Techniker Ebinger aus Spandau festgestellt, der bei einer Berliner Firma beschäftigt war. Jetzt hat E. sich im Grunewald erschossen.

Eine Frau von einer Kuh aufgespießt. Ein entsetzlicher Vorfall hat sich unweit Laasphe zugetragen. Dort wurde die Frau des Kassenrendanten Hartnack von einer durch die Fliegenplage wildgewordenen Kuh auf die Hörner genommen und förmlich aufgespießt. Dann rannte das Tier mit seinem Opfer gegen eine Mauer, so daß die Frau auf der Stelle tot war.

Ein Leutnant als Schwindler. Nach Verübung mehrfacher Schwindeleien ist der 26jährige Leutnant Günther Schmidt vom Infanterie-Regiment Nr. 41 in Tilsit unter Hinterlassung einer Schuldenlast von etwa 30 000 Mark flüchtig gewoden.

Aufklärung eines Mordes nach 14 Jahren. Aus Chemnitz wird berichtet: Ein Mord, der vor etwa 14 Jahren im Zeisigwald verübt wurde, scheint jetzt seiner Aufklärung entgegenzugehen. Am 9. April 1897 wurde die 7jährige Anna Frida Sonntag, Tochter eines Schuhmachermeisters, ermordet. Am Freitag wurde der frühere Schuhmachergeselle Paul Siegert aus dem Zuchthause Waldheim an den Tatort geführt. Siegert, der vielfach wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestraft ist, gestand die Mordtat ein, widerrief jedoch später das Geständnis. Die Untersuchung dauert fort.

Unter dem Verdacht der Spionage ist in Plymouth der Deutsche Max Schultz verhaftet worden.

Feuersegen. Schon vor einigen Monaten hat die Zentrumspresse aus einem oberfränkischen Dorfe von einem wunderbaren Fall berichtet, in dem ein gefährlicher Brand erlosch, als der Ortsgeistliche mit dem Allerheiligsten kam und den Segen erteilte. Diese sehr bequeme und billige Feuerlöschmethode scheint jetzt in Bayern Schule zu machen, denn das „Schweinf. Tageblatt" berichtet über einen in Kitzberg in Unterfranken vorgekommenen Brand: „Auf dringendes Bitten der Ortsbewohner ging der Ortsgeistliche, da die Gefahr immer größer wurde, mit dem Allerheiligsten zur Brandstätte, erteilte damit den heiligen Segen und glücklich wurde die Gefahr des Weiterumsichgreifens abgewendet." — Angesichts der wunderbaren Wirkung des Allerheiligsten ist es eine sträfliche Unterlassung der katholischen Geistlichkeit, daß sie dieses treffliche Feuerlöschmittel nicht bei jedem Brand anwendet.

Unfall Thelens. Beim Starten in Aarhus verunglückte der deutsche Flieger Thelen. Er blieb an einem Baume drei Meter über der Erde hängen, wobei der Propeller und ein Flügel des Apparates zerbrochen wurden. Thelen selbst fiel auf die Erde und zog sich leichtere Verletzungen zu.

Was den Herrn Kaplan kränkt. Aus Steißlingen in Baden wurde dieser Tage berichtet, daß dort der Pfarrer ein Mädchen, das bei der großen Hitze eine leicht durchbrochene Bluse trug, mit dem Bedeuten aus dem Beichtstuhle gewiesen habe, sie möge erst nach Hause gehen und sich anständig anziehen. Das ist noch gar nichts gegenüber einem Vorfall, der sich dieser Tage auf dem schwarzen Eichsfelde ereignete. Ein 18jähriges Mädchen aus einem Dorfe in der Nähe von Ahrenshausen war einige Monate in Göttingen gewesen, um sich im Haushalt, Nähen usw. auszubilden und hatte dadurch etwas städtische Manieren angenommen. Als sie nun wieder nach ihrem Heimatsdörfchen zurückkehrte, erregte sie durch ihr städtisches Aussehen das größte Mißfallen des Ortskaplans, der sie dieserhalb auf offener Straße anhielt, sie zur Rede stellte und ihr heftige Vorwürfe machte, daß sie eine unsittliche Bluse trage und eine unanständige Haartracht habe. Das junge Mädchen trug eine leichte Bluse mit sogenannter klarer Passe und hatte ihr Haar hochgesteckt und etwas gekräuselt. Beides bezeichnete der Kaplan als unsittlich und unanständig. Im Interesse ihres Seelenheils solle sie sich „anständiger" anziehen und solle das Haar schlicht und glatt tragen, wie sich das für ein Christenmädchen gehöre. Der Herr Pfarrer kam aber diesmal an die Unrechte, denn das junge Mädchen war in Göttingen doch etwas aufgeklärter geworden, sie drehte dem Kaplan den Rücken und ließ ihn verdutzt stehen. Aber sie hatte die Rechnung doch ohne den Kaplan gemacht, denn als sie am nächsten Sonntage mit dem Hut zur Kirche kam, schickte sie der Pfarrer wieder nach Hause, damit sie eine der Kirche würdige Kopfbedeckung aufsetzen solle. Die übrigen jungen Mädchen kommen nämlich dort mit einem gräulichen schwarzen Kopftuche zur Kirche und der Kaplan sorgt dafür, daß keine wider den Stachel leckt. Aber die Anmaßung des Kaplans geht noch weiter. Als neulich in dem Dörfchen der Kriegerverein sein Stiftungsfest feierte, wozu acht Mann der Göttinger Militärkapelle aufspielten, gebot er um zehn Uhr Feierabend. Die Göttinger Musiker waren nicht wenig erstaunt, daß sie so bald wieder abreisen konnten. Die Krieger und die tanzlustige Jugend murrten zwar, aber ein katholischer Pfarrer auf dem Eichsfelde ist beinahe allmächtig. Der Kaplan sorgt aber auch dafür, daß seine Schäflein nicht etwa durch die Presse aufgeklärt werden. Das Zeitungsabonnement für die Bewohner „seines" Dorfes besorgt er, und die sind gutgläubig genug, das ihrem Kaplan zu überlassen . . .

Bergmannslos. Auf der Zeche Bruchstraße bei Langendreer wurden Sonnabendmorgen zwei Bergleute durch niedergehende Gesteinsmassen getötet.

Hausfrauen und Mütter!

Den Milchverteuerern ist der Krieg erklärt!

Kauft keine Milch zu erhöhten Preisen!

Einsturzkatastrophe in einem Zirkus. Ein tragisches Ende nahm in Wologda (Rußland) eine Vorstellung, die der seit einigen Tagen dort weilende Zirkus Gorec veranstaltete. Als man sich schon dem programmmäßigen Ende der Vorstellung näherte, und eine Seiltänzerin ganz die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch nahm, stürzte plötzlich unter gellenden Schreckensrufen der Zirkusbesucher eine aus Brettern zusammengesetzte Tribüne ein, auf der etwa 100 Personen Platz gefunden hatten. Zu gleicher Zeit erlosch die elektrische Beleuchtung, und in höchstem Schrecken und größter Hast strömte alles den Ausgängen zu, ohne daran zu denken, den unter den Trümmern des Tribünenaufbaues Verschütteten Hilfe zu bringen. Das ganze Zelt geriet in Gefahr einzustürzen, und erst als Reitknechte aus dem Zirkusstall mit Magnesiumfackeln herbeieilten, um den herzzerreißend nach Hilfe rufenden Verunglückten Hilfe zu bringen, konnte man einen Überblick über die Folgen der Katastrophe gewinnen. Hierbei wurden **2 Personen sterbend** unter den Trümmern hervorgezogen, während 24 andere, die schwere Verletzungen erlitten hatten, ins Lazarett gebracht wurden. Mehrere andere, die leichtere Verletzungen erlitten hatten, konnten ohne Hilfe nach Hause gelangen.

Massenvergiftung portugiesischer Soldaten. Ein eigenartiger Fall von Vergiftung hat sich unter dem in Torres Novas stationierten Militär ereignet. Wie gemeldet wird, sind die Mannschaften der Garnison unter heftigen Vergiftungserscheinungen, verbunden mit Erbrechen, erkrankt. Man vermutet, daß Arsenikvergiftung vorliegt. Sämtliche erkrankten Soldaten wurden nach dem Militärlazarett geschafft, wo ihnen der Magen ausgepumpt wurde. Drei Soldaten liegen in ernstem Zustand darnieder. Die Regierung bewahrt über diese plötzliche Erkrankung völliges Stillschweigen. Man glaubt, daß es sich um einen politischen Racheakt handelt. — Freitag wurden in Lissabon mehrere große Kisten mit Dynamitbomben beschlagnahmt. Die Fuhrleute der Wagen, auf denen die Kisten transportiert wurden, flüchteten. Die Polizei leitete sofort eine Untersuchung ein.

Abgestürzt. Auf der Kleinen Scheidegg ist der Gymnasiallehrer Bucher aus Augsburg bei dem Versuche, ohne Führer den Weißen Mönch zu besteigen, abgestürzt. Seine Leiche wurde nach Lauterbrunnen gebracht. Auch in Zinal (Wallis) ist eine achtzehnjährige Touristin aus Straßburg beim Edelweißpflücken abgestürzt und hat den Tod gefunden.

Zur Flucht des „Grafen Passy". Unter dem Verdachte der Beihilfe zur Flucht des Hochstaplers Schiemangk alias Graf Passy aus dem Heilbronner Untersuchungsgefängnis wurde der 27jährige Gefangenwärter Metzger, der mit der besonderen Beaufsichtigung des Entsprungenen betraut gewesen war, verhaftet. Die amtlichen Ermittelungen haben den Verdacht ergeben, daß Metzger dem Hochstapler schon zur ersten Flucht verholfen habe und ihn wie auch jetzt wieder einfach durch die Tür entlaufen ließ. Das Durchsägen der Gitter und Aufhängen eines Strickes usw. waren lediglich Verschleierungsmanöver.

Soldaten-Tod. Auf dem Schießplatz Wahn bei Köln starb Ende voriger Woche am „Hitzschlag" der Kanonier Egle vom 14. Badischen Fuß-Artillerie-Regiment, das in Straßburg liegt, und zu einer Schießübung nach Wahn kommandiert worden war. Als Egle in Hochdorf bei Freiburg i. B. begraben wurde, zirkulierte das Gerücht, daß ein Unteroffizier des betr. Regiments an dem Tode Egles indirekt die Schuld trüge. An dem fraglichen Tage sei die Batterie um 10 Uhr mit dem Schießen fertig gewesen, als in der Nähe ein Waldbrand ausgebrochen sei, den zu löschen die Truppe Auftrag erhalten habe. Egle habe, weil er sich unwohl fühlte, gebeten, austreten zu dürfen. Der Unteroffizier soll ihm dies mit brüsken Worten abgelehnt haben. Schließlich sei Egle aber doch schlapp geworden, man habe ihn unter einen Baum gelegt. Um 5 Uhr habe man den Erkrankten nach dem Lazarett transportiert, um 6 Uhr sei er tot gewesen. Egle habe, so wurde weiter gesagt, mehrere Stunden in der Gluthitze ohne Nahrung und ohne Trank aushalten müssen; bei geeigneter Pflege würde der sehr kräftige Bauernsohn wohl kaum dem Hitzschlag erlegen sein. — Dieser Fall scheint uns dringend der Aufklärung zu bedürfen.

Groß-Feuer in den Opelwerken. In den Opelwerken in Rüsselsheim brach gestern nacht 1 Uhr ein heftiger Brand aus, der einen großen Teil der Fabrikanlagen in Asche legte und Tausende von Fahrrädern und Nähmaschinen vernichtete. Das Feuer verbreitete sich, jedenfalls durch den Fahrstuhlschacht, mit rasender Geschwindigkeit über drei Stockwerke. Der Brand dauerte bis gestern vormittag gegen 11 Uhr und wurde von der Fabrik- und Ortsfeuerwehr sowie den Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften, der Mainzer und der Frankfurter Feuerwehr bekämpft. Außerdem beteiligten sich zwei Batterien des 25. hessischen Fußartillerie-Regiments an den Löscharbeiten. Die Automobilabteilung blieb unversehrt. 20 000 Fahrräder und 30 000 Nähmaschinen sind vernichtet. 28 Leute erlitten bei den Rettungsarbeiten mehr oder minder leichte Verletzungen. Verluste an Menschenleben sind anscheinend nicht zu beklagen. Der Schaden beträgt 3½ bis 4 Millionen, zwanzig Versicherungen sind daran beteiligt. Der Ausbruch des Feuers in der Nickelei ist jedenfalls auf Selbstentzündung zurückzuführen. Der Betrieb wird mit Hilfe der übriggebliebenen Abteilungen teilweise fortgeführt, doch sind von den in den Werken beschäftigten 4000 Arbeitern für die nächste Zeit 1500 bis 2000 Mann arbeitslos.

Ein furchtbares Familiendrama rief, wie aus Paris geschrieben wird, am Donnerstag abend kurz nach 10 Uhr ungeheure Erregung unter den zahlreichen Spaziergängern, die die Abendfrische genießen wollten, am Pont Neuf hervor. Ein Mann, der ein kleines Mädchen an der Hand hielt, kam vom linken Ufer herüber, um nach dem rechten zu gehen, blieb plötzlich stehen, nahm das Kind in seine Arme, küßte es und warf es dann in die Seine. Ein leichter Schrei ertönte aus dem Wasser, und dann schlossen sich die Wellen über dem kleinen Körper. Bevor die Zeugen dieses schrecklichen Auftrittes herbeieilen konnten, war der Mann auf das Geländer geklettert und hatte sich gleichfalls in den Fluß gestürzt. Die Leichen wurden kurz darauf geborgen. Die Untersuchung ergab, daß der Mörder und Selbstmörder, ein Krankenwärter Delcher, aus Rache gegen seine Frau gehandelt hatte, die gegen ihn den Scheidungsprozeß angestrengt hat. Delcher war ein Trunkenbold und brutaler Patron, der seine Frau unaufhörlich mißhandelte und sich auch seinen Kindern gegenüber roh zeigte. Die Mutter ist von dem Vorfall so erschüttert, daß man für ihren Verstand fürchtet.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 19. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Meierei-Butter Pfd. — —1,60 Mk., Hasen — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk. Hühner 1,80—2,50 Mk., Küken Stück 1,20—1,60 Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gössel Stück —,— Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. —, —1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 7 Stück 60 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche —, Süßwasserfische genügend, Karpfen —,— Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. — 60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. 40—45 Pfg., Kartoffeln neue 10 Pf. 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 19. August.

Weizen, 130—136 Pfd. holl. 193—198 Mk. **Roggen** 124—128 Pfd., holl. 158—162 Mk., **Gerste,** nach Qualität 165—175 Mk. **Hafer,** nach Qualität, 170—180 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. Aug

Auftrieb 2165 Schweine. Markt mäßig rege geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59,— bis 60,00 (47,— bis 48,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 60,— (—,— bis 48,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 61,— bis 62,— (47,50 bis 48,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 61,— bis 62,00 (47,50 bis 48,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 54,00 bis 59,00 (41,— bis 45,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 51,00 (—,— bis 41,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 46,— bis 49,— (36,00 bis 38,00) Mk.

Literarisches.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pfennig. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Kolporteure und Spediteure entgegen.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrady. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pfg. Prospekte und Probehefte kostenlos durch alle Buchhandlungen, Spedteure und Kolporteure.

Anarchismus und Sozialismus. Von Georg Plechanow. Dritte durch ein Vorwort erweiterte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Preis 1,— Mk., Volksausgabe 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteure.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.